

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249
Oktober 2018

TÜRKEI

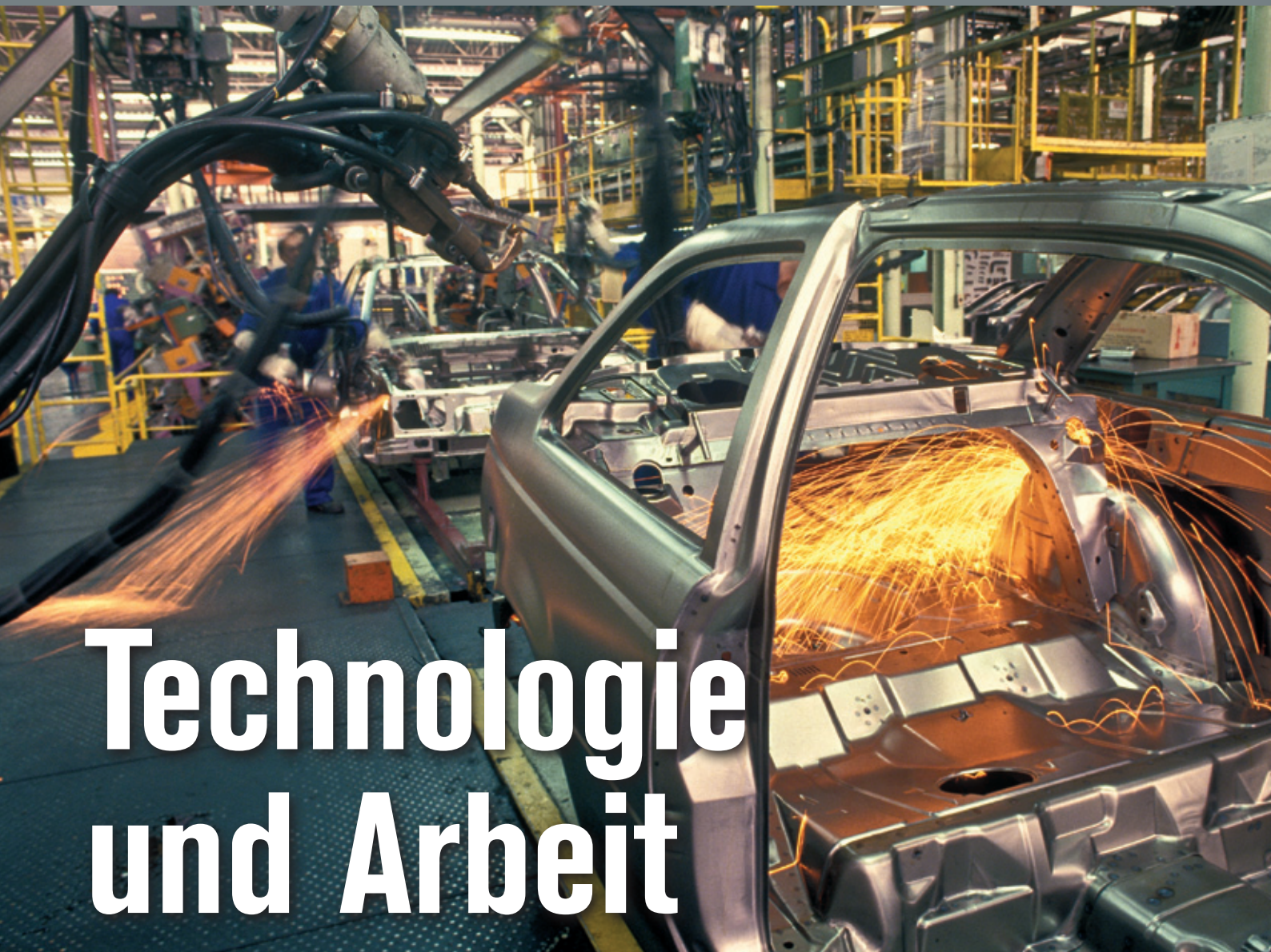
Präsident Erdogans Zeit
mit „null Problemen“
ist sehr lange her

MEINUNGSUMFRAGEN

Weltweit wünschen sich
Menschen, dass Deutschland
globale Normen verteidigt

MENSCHENRECHTE

Trendwende droht
nach drei Jahrzehnten
internationaler Fortschritte



Technologie und Arbeit

Monitor

Kishore Mahbubanis Kritik am Westen | Ungleichheit in südafrikanischen Städten | Globaler Migrationspakt | Verflechtung von Mafia und Staat im Handel mit illegalen Drogen | Heutzutage: Evangelikale in Uganda | Impressum 4

Debatte

Kommentare zum Brand des brasilianischen Nationalmuseums, der gestiegenen Lebenserwartung in Benin, dem Tod von Ex-UN-Generalsekretär Kofi Annan und der internationalen Flüchtlingspolitik 10

Tribüne

TIMUR TINÇ

Präsident Erdogan zerstört innen- und außenpolitisches Vertrauen in die Türkei 15

SABINE TONSCHEIDT

Deutschland genießt weltweite Wertschätzung als Hüter westlicher Grundsätze 16

MICHAEL WINDFUHR

Trendwenden in der internationalen Menschenrechtspolitik 18

Schwerpunkt: Technologie und Arbeit

VIRGINIA MERCADO

Industrieroboter sind in Mexiko auf dem Vormarsch 22

INTERVIEW MIT BENJAMIN KUMPF

UNDP-Experte beurteilt Risiken und Chancen neuer digitaler Technologien 24

SABINE BALK

G20 wollen digitalen Handel auf ihrem Gipfel in Buenos Aires thematisieren 27

PATRICK RÜTHER, VIKROM MATHUR UND URVASHI ANEJA

Indien könnte zum Vorbild für „menschenswürdige Digitalisierung“ in Schwellenländern werden 28

ADITI ROY GHATAK

Digitaler Wandel in Indien birgt Herausforderungen 30

NASSIR DJAFARI

Arabische Länder brauchen Jobs, sind aber auf digitale Wirtschaft nicht eingestellt 32

EDWARD RONALD SEKYEWA

Die Nebenwirkungen der Besteuerung sozialer Medien in Uganda 35

NICO BECKERT

Einsatz von Robotern in Afrika noch teurer als Niedriglohnbeschäftigung 36

WILFRIED LÜTKENHORST

Neue Technik verändert Wertschöpfungsketten und ökonomische Chancen 38

SCHWERPUNKT

Technologie und Arbeit

Automatisierung im Billiglohnland

Die Wirtschaft Mexikos hat ein hohes Automatisierungspotenzial. Wie sich der Einsatz von Industrierobotern auf die zahlreichen Niedriglohnjobs auswirken könnte, analysiert die mexikanische Politikwissenschaftlerin Virginia Mercado. SEITE 22

Vor- und Nachteile neuer Trends

Digitale Geräte und Anwendungen verändern die Weltwirtschaft. Entscheidungsträger müssen sich darum kümmern, was das für Entwicklungsländer bedeutet, meint Benjamin Kumpf, Experte beim UNDP, in einem E+Z/D+C-Interview. E+Z/D+C-Redakteurin Sabine Balk erklärt, was die G20 tun können, um die Digitalisierung des Welthandels angemessen zu gestalten. SEITEN 24, 27

Indiens digitale Revolution

Ein breit angelegter gesellschaftlicher Diskurs könnte in Indien zu „menschenswürdiger Digitalisierung“ führen. Dabei darf moderne Technologie nicht Millionen ungelerner Arbeitskräfte die Erwerbschancen nehmen. Das hoffen Patrick Rütther von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Indien sowie Vikrom Mathur und Urvashi Aneja von der Beratungsfirma Tandem Research. Auch die Wirtschaftsjournalistin Aditi Roy Ghatak mahnt, dass Indien bei der Digitalisierung niemanden zurücklassen darf. SEITEN 28, 30

Unvorbereitet

Im Nahen Osten und Nordafrika fehlt es an Jobs für junge Menschen. Die Länder der Region scheinen aber den digitalen Wandel zu verschlafen, warnt der Ökonom Nassir Djafari. Derweil besteuert Uganda soziale Medien – was aus Sicht des Journalisten Edward Ronald Sekyewa aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht hilft, das Land auf die digitale Zukunft vorzubereiten. SEITEN 32, 35

Die Zukunft der Arbeitswelt

Die Automatisierung der Produktion könnte Arbeitsplätze in Afrika gefährden. Bis Roboter billiger sind als menschliche Arbeitskräfte, wird jedoch noch viel Zeit vergehen, schreibt der freie Journalist Nico Beckert. Wie sich Automatisierung und Digitalisierung auf Entwicklungsländer auswirken könnten, erörtert der DIE-Wissenschaftler Wilfried Lütkenhorst anhand aktueller Literatur. SEITEN 36, 38

Vorausschauende Politik

Das Wort „Industrie“ hat die lateinische Wurzel „industria“, was Fleiß bedeutet. Seit dem Beginn der industriellen Revolution im 18. Jahrhundert hat technischer Fortschritt die Arbeitsproduktivität erhöht. In gewissem Umfang wurden schon immer Tätigkeiten eingespart, aber vor Beginn des Computerzeitalters stand nie die Beschäftigung an sich in Frage. Möglicherweise ändert sich das nun. Das aktuelle Schlagwort „Industrie 4.0“ steht für Trends wie Künstliche Intelligenz, Automatisierung, Nutzung riesiger Datensätze („Big Data“), Cloud Computing und dem Internet der Dinge. Es wird allmählich Standard, dass Menschen nicht mehr körperlich arbeiten, sondern in erster Linie Produktionsprozesse entwerfen und überwachen.

Noch weiß niemand, wohin die Reise führt. Es gibt die Utopie, dass alle bequem leben und sich sinnstiftenden Tätigkeiten widmen, während Maschinen die harte Arbeit übernehmen. Es gibt aber auch die Dystopie massenhafter Arbeitslosigkeit und Marginalisierung, falls es einer privilegierten Minderheit gelingt, die Vorteile von Industrie 4.0 für sich allein zu reklamieren.

Klar ist, dass einfache und repetitive Tätigkeiten relativ leicht automatisierbar sind – und dass Menschen eine solide Ausbildung brauchen, um zur Überwachung oder Programmierung digitaler Abläufe beizutragen. Bisher sind Roboter jedoch noch zu teuer, um zu Niedriglöhnen beschäftigten Arbeitnehmern in Entwicklungsländern die Jobs wegzunehmen. Noch droht in der Textilindustrie von Bangladesch oder Äthiopien keine massenhafte Arbeitslosigkeit. Das ist aber nur ein schwacher Trost.

Die große Sorge ist, dass ein bewährter Entwicklungspfad sich schon bald als blockiert erweist. Typischerweise begann Industrialisierung mit Kleiderherstellung zu sehr niedrigen Löhnen, und danach stieg das Qualifikationsniveau in einer Volkswirtschaft graduell, so dass sie Anschluss an den Weltmarkt fand. So war das in Deutschland und Japan, später in Südkorea und Taiwan und noch später in der Volksrepublik China.

Unsere Zukunft hängt von menschlichen Entscheidungen ab. Technischer Fortschritt ist keine unkontrollierbare Naturgewalt, die aus Marktdynamiken resultiert. Die Geschichte zeigt, dass Gesellschaften immer wieder neue Institutionen und Regeln schufen, wenn der Fortschritt neuartige Probleme hervorbrachte, die gelöst werden mussten.

In den 1880er Jahren schuf Otto von Bismarck in Deutschland Sozialversicherungen, weil er sah, dass die Entwicklung des Reichs sonst von Klassenkämpfen blockiert werden würde. US-Präsident Richard Nixon richtete 1970 die United States Environmental Protection Agency ein, weil die Kosten der Umweltverschmutzung rasant stiegen. Weder Bismarck noch Nixon waren perfekte Staatsmänner. Der Reichskanzler gehörte zum autoritären preußischen Adel und ließ die SPD verbieten. Der Präsident musste zurücktreten, um der Amtsenthebung wegen Skandalen zu entgehen. Die institutionellen Innovationen beider Politiker erwiesen sich jedoch langfristig als wertvoll – und wurden zu international kopierten Vorbildern.

Grundsätzlich kann Industrie 4.0 zu einer Welt ohne Hunger, Ausgrenzung und Ausbeutung führen. Dafür brauchen wir weitere gesellschaftliche Innovationen – auf nationaler wie globaler Ebene. Erfolg hängt von der Weitsicht der Entscheidungsträger ab. Um große Gesellschaftsprobleme zu lösen, reicht, wie die Geschichte lehrt, Vertrauen in Marktkräfte nicht aus.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fazit-communication.de

Fotos: picture-alliance/AP Photo; picture-alliance/AA

Debatte



Nationale Katastrophe

Anfang September hat ein Feuer das Hauptgebäude des brasilianischen Nationalmuseums in Rio de Janeiro zerstört. Dabei sind unwiederbringliche Exponate verlorengegangen, die zum nationalen Erbe gehörten. Der Brand ist symptomatisch für den Zustand des Landes, urteilt der Journalist Carlos Albuquerque. **SEITE 10**

Tribüne



Der Ein-Mann-Staat

Das neue Präsidialsystem der Türkei verleiht Präsident Recep Tayyip Erdogan riesige Macht. Doch das Land steckt tief in der Wirtschaftskrise, und Erdogan steht mit dem Rücken zur Wand. Obendrein hat seine wechselnde Bündnispolitik das Vertrauen in die Türkei zerstört, lautet die Analyse des Journalisten Timur Tinç. **SEITE 15**

Trendwenden

Nach dem Ende des Kalten Krieges waren Demokratie und Menschenrechte weltweit auf dem Vormarsch. In jüngster Zeit ist aber ein Stimmungsumschwung zu beobachten. Um dem Trend zu autoritärem Populismus zu widerstehen, ist es nötig, seine Ursachen zu verstehen, schreibt Michael Windfuhr vom Deutschen Institut für Menschenrechte. **SEITE 18**



Spitzenpolitiker beim diesjährigen G7-Gipfel in Quebec.

WELTPOLITIK

Haltet euch an eure Predigten

Kishore Mahbubani ist ein Intellektueller aus Singapur, der seit langer Zeit profunde Kritik am Westen äußert. In seinem jüngsten Buch preist er indessen überraschenderweise einige Leistungen westlicher Länder – und ermahnt ihre Regierungen, sich selbst an den Multilateralismus zu halten, den sie predigen.

Von Hans Dembowski

Mahbubani lehrt Politikwissenschaft an der nationalen Universität Singapurs. Überzeugend legt er in seinem neuen Buch „Has the West lost it?“ dar, weshalb „der Westen“ ein Eigeninteresse an einer regelgebundenen Weltordnung hat. Er betont, die Europäische Union habe dauerhaften Frieden auf einem Kontinent geschaffen, auf dem früher häufig Kriege tobten. Er sieht westliche Regierungen, deren globale Vormacht schnell schwinde, in Gefahr, eine große Chance zu verpassen.

Der frühere UN-Botschafter bezieht sich ausdrücklich auf den aufklärerischen Impetus von Steven Pinker und dessen umfangreiche Daten, die positive Entwicklung bei Themen wie Kindersterblichkeit, Hunger, Frieden, Unfällen und anderen Aspekten zeigen (siehe auch E+Z/D+C e-Paper 2018/07, S. 16). Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern sei derlei klarer bewusst als denen in Industrieländern, schreibt Mahbubani. Der Westen solle nun multilaterale Konzepte entschlossen umsetzen, damit globale Entwicklungsziele erreicht würden.

Ihn treibt aber die Sorge um, Frustration über relative Stagnation könne in den hochentwickelten Ländern zu kurzzeitigem und destruktivem Nationalismus führen. Er lässt keinen Zweifel daran, dass US-Präsident Donald Trump den internationalen Einfluss seines Landes schmälert, Amerika aber sicherlich nicht wieder „groß“ macht.

Historische Leistungen des Westens sind aus Sicht Mahbubanis:

- die Ablösung des Feudalismus durch rationale Politik,
- die Überwindung des Fatalismus und
- technischer Fortschritt.

Die Überschrift eines Kapitels lautet entsprechend sogar: „Das Geschenk westlicher Weisheit“. Mahbubani meint aber, asiatische, afrikanische und lateinamerikanische Länder hätten diese Lektionen gelernt und beherzigten sie auch. Es sei nur noch eine Frage der Zeit, bis China und Indien – die beiden bevölkerungsreichsten Nationen – auch die größten Volkswirtschaften würden.

Auf der Basis rationaler Entscheidungen wüchsen viele Volkswirtschaften heute schnell, sodass „der Rest“ zunehmend gegenüber dem Westen aufhole. So habe etwa 2015 der Anteil der G7 an der weltweiten Wirtschaftsleistung 31,5 Prozent betragen, wohingegen die sieben größten Schwellenländer zusammen auf 36,3 Prozent gekommen seien. Mahbubanis Urteil lautet: „Fast 200 Jahre lang stand der Westen welthistorisch an der Spitze. Nun muss er lernen, diese Position mit anderen zu teilen und sogar aufzugeben, um sich einer Welt anzu-

passen, die er nicht länger dominieren kann.“

Der ehemalige Diplomat nennt mehrere gravierende Fehler westlicher Staaten in den vergangenen Jahrzehnten. Ihre Arroganz habe Ressentiments in vielen Ländern genährt – zum Beispiel in Russland sowie in muslimisch geprägten Regionen. Allzu oft hätten westliche Mächte gedankenlos und kontraproduktiv in die Innenpolitik von Ländern eingegriffen. Das schlimmste Beispiel war vermutlich der Irakkrieg, den US-Präsident George W. Bush ohne Mandat des Sicherheitsrats auf Basis von Lügen begann. Mahbubani äußert zwar Verständnis dafür, dass viele US-Bürger sich über die russische Einflussnahme auf die Wahlen 2016 ärgern, erinnert aber zugleich daran, dass US-Regierungen unter verschiedenen aufeinanderfolgenden Präsidenten sich gern in die Innenpolitik fremder Länder einmischten.

Mahbubani fordert westliche Regierungen dazu auf, Global-Governance-Institutionen wie die UN, den Internationalen Währungsfond, die Weltbank und die Weltgesundheitsorganisation zu stärken. Aus seiner Sicht ist ein neuer globaler Konsens

nötig, dessen Basis die UN-Charta und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sein könnten. Deren Werte erklärt der Autor für „universell“. Der Westen könne zu der langfristigen Verankerung dieser Werte beitragen, wenn er selbst multilaterale Prinzipien einhalte. Zynische Manipulationsversuche würden dagegen den Abstieg des Westens nur weiter beschleunigen.

Westliche Politiker sollten Mahbubani ernst nehmen. Er artikuliert Sichtweisen, die in Entwicklungs- und Schwellenländern weit verbreitet sind. Leser in Asien, Afrika und Lateinamerika sollten indessen prüfen, ob alles stimmt, was der Autor behauptet. Er liefert beispielsweise keine nennenswerten Belege für seine Behauptungen, der chinesische Präsident Xi Jinping fühle sich seinem Volk gegenüber verantwortlich oder dem indischen Ministerpräsidenten Narendra Modi sei an besserer Regierungsführung gelegen. Bekanntlich schränken beide zivilgesellschaftliche Freiheiten ein und festigen eifrig ihre persönliche Macht.

Tatsächlich gelangen der Volksrepublik die größten Erfolge in Armutsbekämpfung, bevor Xi an die Staatsspitze kam

(siehe Nora Sausmikat in E+Z/D+C e-Paper 2017/02, S. 33). Die Meinungsfreiheit wird dagegen wieder aggressiver unterdrückt. Auch in Indien, wo offiziell noch Pressefreiheit herrscht, wächst der Druck auf oppositionelle Stimmen (siehe Arfa Khanum Sherwani in E+Z/D+C e-Paper 2018/05 S. 23). Mahbubanis Kritik am Westen verdient sicherlich mehr Aufmerksamkeit als sein Lob asiatischer Potentaten.

Er definiert „gute“ Regierungsführung nicht als „demokratische“, sondern als „funktionale“ Regierungsführung. Das ist nicht überzeugend. Singapur ist der ungewöhnliche Fall eines relativ autoritär regierten Landes mit relativ geringer Korruption. Wer dort lebt, mag zur Einschätzung gelangen, diktatorische Herrschaft sei vorteilhaft. Meist ist das aber nicht so – und ganz bestimmt nicht auf lange Sicht. Autoritäre Regime ermöglichen in der Regel Ausbeutung und Ausgrenzung. Entwicklungsdiktaturen sind die Ausnahmen, nicht die Norm.

BUCH

Mahbubani, K., 2018: Has the West lost it? A provocation. London: Allen Lane.



Werden Sie unser Fan auf Facebook!



STADTENTWICKLUNG

Inklusive Städte

Städte können Wohlstand fördern und Entwicklung vorantreiben. Sie sind jedoch häufig Räume drastischer sozialer Ungleichheit. In einer Studie des Institute of Development Studies (IDS) in Sussex analysieren Ivan Turok und Justin Visagie, was inklusive Stadtentwicklung in Südafrika bedeuten würde.

Von Monika Hellstern

Die Annahme, dass arme Gemeinden von Wirtschaftswachstum und Wohlstandsgewinnen profitieren, ist für die Autoren nicht mehr überzeugend. Mittlerweile ist das Konzept der inklusiven Entwicklung weit verbreitet. Es verbindet eine dynamische Wirtschaft mit Gleichheit und sozialer Integration. Turok und Visagie identifizieren vier Hauptmerkmale inklusiver Entwicklung:

- Sie geht über das Einkommen hinaus und ist mit Querschnittsthemen wie Geschlecht und Hautfarbe befasst.
- Sie berücksichtigt, wer zugehörig ist oder ausgeschlossen wird und wer dabei Gestaltungsmacht hat.
- Sie untersucht die Ursachen und Treiber von Armut und Wohlstand und
- sie sieht soziale Inklusion als Teil wirtschaftlicher Prozesse und nicht nur als Ergebnis.

Die Studie baut auf einer weiteren Analyse auf, dem Rockefeller Inclusive Economies Framework, die relevante Indikatoren liefert. Diese Indikatoren helfen zu verstehen, warum eine Volkswirtschaft nicht inklusiv ist und wie sie gerechter, partizipativer, nachhaltiger, stabiler werden und mehr wachsen kann.

Inklusive Entwicklung ist ein Dauerthema in nationalen Diskursen in Südafrika. Die Einkommens- und Vermögensniveaus in Südafrika sind sehr ungleich, und die soziale Mobilität zwischen den Generationen ist gering, schreiben die Autoren. Die Arbeitslosenquote liegt je nach Messmethode zwischen 26 Prozent und 40 Prozent. Bei jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren sind es sogar 55 Prozent. Zudem gibt es große Unterschiede hinsichtlich Gesund-

heit, Bildung, Wohnen, Zugang zu Wasser, sanitäre Einrichtungen und so weiter.

Räumliche Disparitäten sind oft in der Geschichte verwurzelt, wie Turok und Visagie zeigen. Mehr als 80 Prozent der Landbevölkerung lebt unter der Armutsgrenze von 1300 Rand (circa 77 Euro) pro Person und Monat – doppelt so viele wie in Ballungszentren. Zwei Drittel der ländlichen Haushalte sind auf Sozialhilfe angewiesen. Im Jahr 2016 waren mehr Menschen Sozialhilfeempfänger als Arbeitnehmer. Durch Umverteilung will die Regierung Armut lindern, sie konnte bisher jedoch weder wirtschaftlichen Fortschritt noch soziale Mobilität in Gang setzen.

Viele Erwachsene ziehen auf der Suche nach Arbeit in die Städte. Dort sind die Berufsaussichten besser, wie die Zahlen der Studie zeigen, aber Binnenmigranten sind auf spezifische Weise gefährdet. Viele wohnen in informellen Siedlungen mit schlechter Versorgung. Um inklusiver zu werden, müssten Städte bezahlbaren Wohnraum, bessere Basisdienstleistungen und Qualifizierungsmaßnahmen bereitstellen.

Ausgrenzung auf Grund von Hautfarbe ist besonders auffällig in südafrikanischen Städten. Die Einkommen weißer Haushalte sind drei- bis viermal höher als diejenigen schwarzer Haushalte. Letztere müssen da-

her meist außerhalb der Stadtzentren wohnen und pendeln kostet sie mehr Zeit und Geld, schreiben die Autoren. Die besten Schulen und Gesundheitseinrichtungen sind eher zentrumsnah, wo auch Sicherheits- und Erholungsräume besser sind.

Wohneigentum in den Städten ist für viele nicht-weiße Haushalte unerschwinglich, sodass räumliche Segregation zu sozialer Segregation führt. Städten fehlt es an attraktiven öffentlichen Räumen, in denen Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund zusammenkommen können. Dies verstärkt die Tendenz der Gruppenbildung, die in Parallelgesellschaften leben, warnen Turok und Visagie.

Die Autoren sehen drei Prioritäten für inklusive Entwicklung in Südafrika:

- Der Staat sollte aktive Bürger unterstützen, zum Beispiel wenn Menschen Unternehmen gründen, auf Jobsuche gehen oder sich politisch engagieren.
- Städte können die wirtschaftliche Inklusion fördern. Der Staat sollte helfen, bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen und Unternehmertum zu erleichtern.
- Um Entwicklung voranzutreiben, müssen Regierungsbehörden und Privatsektor zusammenarbeiten und dabei lokale Organisationen und Gemeinschaften einbeziehen.

LINK

Turok, I., Visagie, J., 2018: **Inclusive urban development in South Africa. What does it mean and how can it be measured?**
<http://opendocs.ids.ac.uk/opendocs/handle/123456789/13770>



Die Gemeinde Soweto in Johannesburg, mit einkommensschwachen Wohnungen im Vordergrund und wohlhabenden Vororten im Hintergrund.

MIGRATION

Gemeinsame Standards

Die UN-Mitgliedsländer haben sich auf einen Globalen Migrationspakt geeinigt. Er stellt den ersten Versuch der Weltgemeinschaft dar, Migration gemeinsam zu regeln. Nun kommt es auf die Operationalisierung der Ziele und Zeitvorgaben für die Umsetzung an.

Von Lea Diehl

Die Staats- und Regierungschefs von rund 190 Ländern wollen den „Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration“ im Dezember in Marokko unterschreiben. Die USA und Ungarn sind nicht dabei, Australien war bei Redaktionsschluss ein Wackelkandidat.

Doch auch wenn nicht alle mitziehen, sendet die Weltgemeinschaft mit dem Abkommen ein wichtiges Signal. „Mir kommt es wie ein Wunder vor, dass dieser Pakt überhaupt entstanden ist“, sagte der Migrationsforscher Steffen Angenendt auf einer Konferenz des Verbands Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe VENRO im September in Berlin. Schließlich gebe es große Probleme bei der internationalen Zusammenarbeit, und Migration werde vielerorts negativ wahrgenommen.

Der Pakt hingegen betont das Entwicklungspotenzial, das durch Wanderungsprozesse entsteht, wenn diese geordnet ablaufen. In den 23 verabschiedeten Zielen geht es darum, Migration stärker zu kontrollieren und reguläre Migration zu fördern – wofür unter anderem in bessere Bildung und Qualifikation investiert werden müsse. Die Konferenzteilnehmer weisen in diesem Zusammenhang auf die Gefahr hin, dass die Abwanderung von Fachkräften zu einem „Braindrain“ führen kann. Gerade im Gesundheitssektor sei es wichtig, diesen zu verhindern.

Der Pakt beinhaltet auch das Ziel, Geldtransfers von Migranten in ihre Heimatländer schneller und sicherer zu machen. Außerdem soll die sichere Rückkehr und die Reintegration in die Herkunftsländer unterstützt werden. Dabei dürfe jedoch nicht vergessen werden, dass Migration

auch zirkulär verläuft, wie Vertreter migrantischer Organisationen betonen.

Aus entwicklungspolitischer Sicht ist vor allem Ziel 2 des Paktes entscheidend, in dem es um die Ursachenbekämpfung geht. Negative Antriebe und strukturelle Faktoren, die Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen, sollen reduziert werden. Außerdem betont der Pakt, dass Migration und Diaspora einen Beitrag zur Um-

setzung müssten sich Herkunfts- und Zielländer von Migration aber auf Augenhöhe begegnen. Hier könnte Ziel 23 helfen: internationale Kooperationen und globale Partnerschaften für sichere, geordnete und reguläre Migration zu stärken.

Der Globale Migrationspakt ist – wie das Pariser Klimaabkommen – juristisch nicht bindend. Der Pakt schränkt die nationale Souveränität nicht ein, vielmehr entscheidet jeder Staat selbst, wie er die einzelnen Ziele umsetzt.

„Bisher ist der Pakt nur eine Hülle und muss mit Leben gefüllt werden“, sagt Angenendt. Er weist darauf hin, dass es sich dabei um einen Kompromiss handelt, der die Vorstellungen der vielen UN-Mitglieder



In staatlichen Krankenhäusern in Vietnam verdienen Ärzte wenig; viele suchen deshalb woanders Arbeit.

setzung der Sustainable Development Goals (SDGs) leisten können, der zu fördern sei.

Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen begrüßen außerdem den menschenrechtsfokussierten Ansatz des Paktes. Auch für den Schutz besonders gefährdeter Gruppen enthält er eine ganze Reihe von Zielen. Meike Riebau von Save the Children begrüßt etwa, dass der Pakt Kindern besondere Beachtung schenkt. Positiv sei zudem, dass Menschen unabhängig ihres Rechtsstatus Schutz zukommen soll.

Kritik gibt es dahingehend, dass der Pakt vor allem die Interessen der Länder des globalen Nordens berücksichtige. Bei der

unter einen Hut bringen musste. Ob sich der Pakt in der Realität bewährt, muss sich erst noch zeigen. Die Ziele müssen operationalisiert und Indikatoren bestimmt werden, um Erfolge überhaupt messen zu können. Angenendt zufolge braucht es zudem klare Zeitvorgaben: „Ohne Termine funktioniert nie etwas“, sagt der Wissenschaftler.

QUELLE

Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration (Textentwurf):

https://www.un.org/pga/72/wp-content/uploads/sites/51/2018/07/180713_Agreed-Outcome_Global-Compact-for-Migration.pdf

MAFIA

Warum Verbrecher mit Beamten kooperieren

Der Handel mit illegalen Drogen ist ein internationales Milliardengeschäft. Der Krieg dagegen ist seit Langem erfolglos. Menschen sind massenhaft gestorben, aber Rauschmittel bleiben erhältlich. Der brasilianische Akademiker Thiago Rodrigues betrachtet in einem aktuellen Essay die unerwünschten Folgeprobleme von Verboten.

Von Hans Dembowski

Die Überschrift lautet „Symbiotische Verbindungen“. Erschienen ist Rodrigues' Aufsatz im Sommerheft der Auslandsinformationen, einer Zeitschrift der Konrad-Adenauer-Stiftung. Rodrigues führt darin aus, dass die Grundlage des modernen Staates das Gewaltmonopol ist. Seine Durchsetzung wird mit der Besteuerung all derer

nisieren, dass alle unbehelligt bleiben, die Schutzgeld zahlen. Die Gangster kassieren Geld und versprechen Sicherheit. Wegen dieser Ähnlichkeit heißt es immer wieder, Mafia-Organisationen schüfen eine Art Parallelstaat, der mit dem eigentlichen Staat konkurriert. Rodrigues hält das für eine Fehleinschätzung. Seiner Einschätzung nach ist die Beziehung zwischen Staat und organisiertem Verbrechen meist symbiotisch.

Rodrigues nennt dafür mehrere Argumente:

- Gerade die Illegalität macht den Drogenhandel lukrativ. Die Erfahrung vieler Jahrzehnte lehrt, dass trotz Verboten Angebot und Nachfrage auf Schwarzmärkten weiter bestehen. Dass das kriminelle Geschäft hoch riskant ist, treibt die Preise in die Höhe. Die größten Profite machen Dea-

sogar Karrierechancen. In manchen brasilianischen Favelas ist der Drogenhandel der wichtigste Wirtschaftszweig, und die Betäubungsmittel stellen dort zudem noch viele andere Jugendliche buchstäblich „ruhig“.

- Die Banden schmieren Angehörige von Sicherheitskräften und Justiz. Typischerweise entsteht ein prekäres Gleichgewicht, das für alle Beteiligten die Risiken reduziert. Dabei winken den mächtigsten Akteuren die größten Gewinne. Das Leben der jungen Gangster aus den Slums ist meist kurz und brutal, während die Strippenzieher gut leben.

- Gefängnisse sind für Mafiaorganisationen Orte der Vernetzung. In Brasilien haben Spitzengangster sogar aus der Zelle heraus kommandiert.

In den letzten Jahren der brasilianischen Militärdiktatur, die bis 1985 andauerte, haben sich Drogengangs in Gefängnissen mit radikalen Linken verbündet. In der Folge handelten dann politische Extremisten mit Rauschmitteln, während manche Mafia-Untergliederungen linke Rhetorik übernahmen. Rodrigues führt aber aus, dass das untypisch war, denn meist stellen die Banden die Vormachtstellung des Staates gar nicht in Frage.

Wie der Autor schreibt, bekriegen sie sich untereinander, aber schrecken vor Krieg mit den staatlichen Sicherheitskräften zurück. Sie fordern auch keine Souveränität. Wenn Polizei oder Militär gewaltsam eingreifen – so das Urteil von Rodrigues – geschieht dies häufig zu Gunsten einer Seite in einem Bandenkrieg. Rodrigues stützt sich auf brasilianische Erfahrungen, aber das Muster lässt sich auch in anderen Ländern finden.

Aus Sicht von Rodrigues schafft das Drogenverbot Probleme. Es führt beispielsweise systemisch zur Durchdringung staatlicher Institutionen durch kriminelle Netzwerke. Diese Einsicht wirft schwierige Fragen auf, denn Rauschmittel sind gefährlich. Heroin und andere Opiate können tödlich sein. Sucht zerstört Menschen und beinträchtigt ihre Familien. Auf diese Dinge geht Rodrigues nicht ein – er warnt nur, dass die bisherige Politik solche Probleme nicht verhindert hat. Sie hat sie perpetuiert.

LINK

Konrad Adenauer Stiftung –

Auslandsinformationen:

<http://www.kas.de/wf/de/194.23/>



Auf welcher Seite stehen sie? Sicherheitskräfte besetzen eine Favela im Januar 2018.

finanziert, denen es eine gewisse Sicherheit bringt. Der Staat definiert dabei von Anfang an das Recht, hielt sich aber nicht immer selbst daran. Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und sozialer Sicherung entstanden später.

Offensichtlich agieren Mafiabanden ähnlich wie Staaten, wenn sie an einem bestimmten Ort das Verbrechen so orga-

ler mit besonders starken und besonders abhängig machenden Drogen.

- Wegen der hohen Gewinnmargen ist der Markt umkämpft. Konkurrenz wird aber nicht über Preise ausgetragen, denn Banden setzen örtliche Monopole mit Gewalt durch.

- Mafiaorganisationen bieten jungen Leuten aus benachteiligten sozialen Gruppen Einkommens- und in gewissem Sinn

Männer Gottes bekämpfen einander

In vielen Entwicklungsländern wächst die Zahl der evangelikalen Kirchen. Sie werden oft von charismatischen Predigern geführt. In Uganda rivalisieren diese Prediger miteinander im Kampf um das blühende Geschäft mit der Religion.

Überall in Afrika gibt es mehr und mehr Kirchen der sogenannten „wiedergeborenen“ Christen. Sie gehören weder zur römisch-katholischen Kirche noch zu regulären Protestanten wie Lutheranern oder Anglikanern. In Uganda haben evangelikale Kirchen so blumige Namen wie „Evangelikales Wahrheitsministerium“ („Evangelical Truth Ministry“) oder „Wunderzentrum“ („Miracle Centre“).

Die Prediger bestehen auf der wörtlichen Interpretation der Bibel. Sie verfügen über große persönliche Autorität, die von keiner übergeordneten Organisation kontrolliert und im Zaum gehalten wird. Manche Glaubensführer interessieren sich hauptsächlich für Geld und konzentrieren sich darauf, die Kollekte einzusammeln. Charismatische evangelikale Pastoren sind überall in der Welt meist sehr reich.

In Uganda breiten sich die Evangelikalen schnell aus. Ein Beispiel findet sich in der Hauptstadt Kampala in der Gegend Najjanakumbi nahe dem Bankenviertel. Dort gibt es eine katholische und eine anglikanische Kirche – plus 23 evangelikale Kirchen.

Die Gläubigen geben ihrer Kirche Geld oder Sachspenden, sagt Veronica

Mukasa, die ein Mitglied einer der Kirchen in Najjanakumbi ist. Viele Prediger verlangen ganz offen Geld von den Gläubigen. „Die Idee davon ist, mehr Anhänger – mehr Geld“, erklärt Mukasa.

Manchmal kommt es zu Konflikten zwischen den evangelikalen Führern, meist aus finanziellen Gründen. Julius Okwii vom „Glory of Life Ministry“ beschreibt andere evangelikale Führer als „gierig und ausbeuterisch“ und beschuldigt sie, „Menschen in ihre Gemeinde zu schleusen und Geld von den Gläubigen abzuzocken“.

Eine lokale evangelikale Radiostation übertrug vor kurzem die Rede eines bekannten Predigers der Stadt, in der er auf vulgäre Weise andere Pastoren beschimpfte. Eine Frau bestärkte ihn und behauptete, ein anderer populärer Prediger würde Heilungen nur inszenieren. Ihre Geschichte klang jedoch sehr auswendig gelernt. Auf jeden Fall mussten sich die Hörer verbale Angriffe statt einer christlichen Botschaft anhören.

Bruder Ronnie Makabai ist ein weiterer bekannter Pastor. Er betreibt eine Radiostation und erreicht Millionen von Gläubigen. Manche sagen, er sei ein Scharlatan, aber trotzdem strömen die Massen in der Hoffnung auf Heilung und Erlösung in seine Kirchen. Jeden Donnerstag sammeln sich Tausende von Kranken aus ganz Ostafrika in Bruder Ronnies „Friedenszentrum“ und hoffen auf Heilung. Viele Menschen behaupten, sie seien von einer einfachen Berührung von Bruder Ronnie geheilt worden.

William Baluku, ein Kirchgänger im „Miracle Centre“, weiß von den Auseinandersetzungen zwischen Kirchenführern. Das bringt ihn aber nicht vom Glauben ab. Er denkt, dass Gebete Frieden und Harmonie in die Familien und Gemeinden bringen. „Viele Menschen sehen Kirchen als Hort der Heilung, Erlösung und finanziellem Durchbruch.“ In seinen Augen ist es „sicherer, sich an Gott zu wenden als an Hexerei“.



GLORIA LAKER ACIRO ist Journalistin und frühere Kriegsreporterin. Sie leitet die „Peace Journalism Foundation of East Africa“

und lebt in Uganda.

Email: glorialaker@gmail.com

Twitter: [@GloriaLaker](https://twitter.com/GloriaLaker)

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
59. Jg. 2018

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
D-53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:
FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth,
Dagmar Wolf (Assistenz)
Tel. (0 69) 75 01-43 66
Fax (0 69) 75 01-48 55
euz.editor@fazit-communication.de
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter Societät GmbH (60%).
Artdirector: Sebastian Schöpssdau
Layout: Jan Walter Hofmann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Webseiten zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



KULTUR

Nationale Katastrophe

Für Brasilien kommt es einer nationalen Katastrophe gleich: In der Nacht vom 2. auf den 3. September zerstörte ein Feuer das Hauptgebäude des Museu Nacional, des Nationalmuseums in Rio de Janeiro. Dabei sind unwiederbringliche Exponate verloren gegangen, die zum nationalen Gedächtnis des Landes gehörten. Der Brand ist symptomatisch für den Zustand des Landes.

Von Carlos Albuquerque

Am Morgen des 3. September schrieb eine Professorin für Literaturwissenschaft der Bundesuniversität von Rio de Janeiro (UFRJ) auf ihrer Facebook-Seite: „Leute, aus der Linguistik wurde nichts gerettet. Wir haben die gesamte Sammlung der indigenen Sprachen verloren: die Lieder in vielen ausgestorbenen Sprachen; (...) das Original der ethnisch-historisch-linguistischen Karte mit dem Aufenthaltsort aller ethnischen Gruppen in Brasilien, die einzige Aufzeichnung, die wir aus dem Jahr 1945 hatten; die ethnologischen und archäologischen Hinweise der brasilianischen Volksgruppen seit dem 16. Jahrhundert ... kurz gesagt, ein irreparabler Verlust für unser historisches Gedächtnis. Es schmerzt so sehr, alles in Asche zu sehen.“ Das Museum und seine Bestände wurden von der UFRJ verwaltet.

Schätzungen zufolge vernichtete der Brand 90 Prozent der Sammlung von 20 Millionen Objekten. Das Feuer war eine angekündigte Tragödie. Schon im April

dieses Jahres machte der Museumsdirektor Alexander Kellner die Öffentlichkeit auf den miserablen Zustand der Institution aufmerksam. Obwohl das Museum eine der wichtigsten Sammlungen für Naturgeschichte in Lateinamerika besaß, tropfte es von den Decken. Noch dazu gab es viel zu wenig Besucher pro Jahr – weit unter seiner Kapazität.

Kellner wollte all dies ändern. Besonders bitter ist die Tatsache, dass eine Finanzspritze der brasilianischen Entwicklungsbank BNDES über 21,7 Millionen Reais (rund 4 Millionen Euro) im Juni vereinbart wurde. Ein Teil der Gelder (3 Millionen Reais) sollte schon in Oktober bezahlt werden. Damit wollte Kellner auch den Brandschutz verbessern. Das Nationalmuseum hatte keinen Brandschutznachweis und sollte eigentlich nicht mehr für Publikum zugänglich sein. Ohne Sprinkleranlage, Feuermelder und ohne genügend Wasserdruck in den Hydranten war das Gebäude aus dem 19. Jahrhundert dem Feuer schutzlos ausgeliefert.

Die Tragödie des Nationalmuseums spiegelt die traurige Situation wider, in der Brasilien seit einigen Jahren steckt: ein Land in Schiefelage, das seine Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verliert, während seine Bevölkerung schläft. Am Tag nach dem Brand, als Hunderte von Menschen die Gärten des abgebrannten Gebäudes besetzten und später Tausende mit Plakaten wie „Ein Volk ohne Bürgersinn und ohne Geschichte“ auf die Straßen von Rio de Janeiro

gingen, dachte ich: Nie war die Anwesenheit der Abwesenheit so präsent.

Während Präsident Michel Temer von einem „unkalkulierbaren Verlust“ sprach, beschuldigte sein Kultusminister Sérgio Sá Leitão frühere Regierungen und die Bundesuniversität von Rio de Janeiro für den Zustand des Museums und die mangelnden Investitionen verantwortlich zu sein. Sich selbst sah Sá Leitão nicht in der Verantwortung.

Der Brand des Nationalmuseums wurde zum Politikum und hat Behörden und Öffentlichkeit auf den Zustand anderer kultureller Einrichtungen in Brasilien aufmerksam gemacht. Die Bundesanwaltschaft hat das Bundesgericht aufgefordert, sechs staatliche Museen in Rio de Janeiro, die auch keinen Brandschutznachweis haben, unverzüglich zu schließen. Der Brand hat auch auf den desolaten Zustand der brasilianischen Kulturpolitik aufmerksam gemacht: Von den 13 Kandidaten für die Präsidentschaftswahl dieses Jahr haben nur zwei in ihren offiziellen Regierungsprogrammen spezifische Projekte in Zusammenhang mit Museumsarbeit.

Das Feuer hat bewirkt, dass die brasilianische Öffentlichkeit wacher geworden ist. Nicht nur gegenüber der Kultur, auch gegenüber der Politik. Der rechtsextreme Präsidentschaftskandidat Jair Bolsonaro wird nun genauer beobachtet und scheint zumindest bei bestimmten Wählergruppen wie Frauen Zustimmung einzubüßen. Bolsonaro reagierte mit Spott auf das Feuer im Nationalmuseum. Kultur taucht in seinem Programm nicht einmal auf. Einen Tag nach dem Brand wurde Bolsonaro niedergestochen und schwer verletzt. Das Motiv des Täters ist unklar. Dass er sich jetzt in der Opferrolle sieht, heizt die von ihm betriebene Polarisierung in Brasilien weiter an.

Ein kleiner Trost bezüglich des Nationalmuseums ist, dass zumindest Teile der Dokumente der ethnologischen Sammlung digitalisiert wurden und so nicht komplett verloren sind. Und man hofft noch, das Skelett von „Luzia“, dem ältesten in Amerika gefundenen Homo sapiens, in Stahlschränken unter den Trümmern zu finden.



Unwiederbringliche Verluste: Das Nationalmuseum in Rio de Janeiro ging in Flammen auf.



CARLOS ALBUQUERQUE
arbeitet für das brasilianische
Programm der Deutschen
Welle.
carlos.albuquerque@gmx.de

DEMOGRAFISCHER WANDEL

Fortschritt in Gefahr

Die Menschen in Benin leben heute durchschnittlich 23 Jahre länger als ihre Großeltern in den 1960ern, als das Land unabhängig von Frankreich wurde. Zugleich ist es jedoch besorgniserregend, dass die Armutsrate in den vergangenen Jahren gestiegen ist.

Von Karim Okanla

In Benin hat die durchschnittliche Lebenserwartung seit 1960 um 23 Jahre zugenommen, von damals 37 auf heute 60 Jahre. Dennoch gibt es große Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen. In der Großstadt Cotonou und in kleineren Städten wie Porto-Novo, Ouidah oder Parakou gibt es eine Basisgesundheitsversorgung wie Krankenhäuser, Apotheken oder medizinische Labore. Bei Impfkampagnen werden viele Leute kostenlos behandelt, und Geburtskliniken sorgen dafür, dass Babys ebenfalls kostenlos geimpft werden.

Leute auf dem Land, besonders in abgelegenen Gegenden im Norden, sind benachteiligt. Sie haben keinen Zugang zu grundlegenden Gesundheitsleistungen. Die Frauen bekommen ihre Kinder meist zu Hause, was das Sterberisiko für Mutter und Kind erhöht.

2015 starben laut UN 405 Frauen bei einer Zahl von 100 000 Lebendgeburten. Zum Vergleich: 1990 war die Müttersterblichkeitsrate 576. 2015 starben von 1000 Babys 65 – im Vergleich: 1990 waren es 107. Laut Weltbank haben Frauen heute durchschnittlich 4,6 Kinder, zwei weniger als 1990.

Die UN berichteten, dass 2008 etwa drei Viertel der Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser, aber nur zwölf Prozent Zugang zu angemessenen Toiletten hatten. Das ist insofern bedenklich, weil sauberes Trinkwasser langfristig nicht gesichert werden kann, wenn das Abwasser ungefiltert in den Boden und damit ins Grundwasser sickert.

Ebenfalls kritisch ist, dass nur wenige Ärzte dafür vorbereitet sind, in Dörfern zu praktizieren, in denen es kein sauberes Trinkwasser und keine Stromversorgung gibt. Nichtübertragbare Krankheiten wie Krebs, Diabetes oder Bluthochdruck sind

schwer zu diagnostizieren, wenn es an modernen Geräten und Spezialisten mangelt. In ländlichen Gegenden sind Medikamente oft kaum erhältlich, und in den Städten können sich die Armen diese nicht leisten.



Ein Arzt untersucht ein Kind in einem Krankenhaus in einem Außenbezirk von Cotonou.

Es gibt in den vergangenen Jahrzehnten aber auch positive Trends. Das Gelbfieber ist fast ausgerottet, und Meningitis ist sehr selten geworden. Die Verbreitung von zwei tropischen Erkrankungen – Schlafkrankheit und Frambösie – konnte bedeutend reduziert werden. Mobile Kli-

niken konnten auch in ländlichen Regionen viel bewirken.

Die Statistiken in Afrika sind nicht immer zuverlässig und veranschaulichen nicht immer das Gesamtbild. Es ist erstaunlich, dass sich die Zahl der Friedhöfe vergrößert und am Straßenrand massenhaft Särge verkauft werden. Manchmal scheint es so, dass die Einwohner von Cotonou, Porto-Novo und anderen Städten ihr gesamtes Wochenende auf Beerdigungen verbringen. Dieser Eindruck ist vielleicht eine Folge des Bevölkerungswachstums. Benin hat heute 11 Millionen Einwohner – fast doppelt so viele wie 1995. Die Städte sind besonders gewachsen, also müssen mehr Tote nicht unbedingt ein Zeichen von schlechteren Lebensverhältnissen sein.

Andererseits hat die Armut in den vergangenen Jahren wieder zugenommen und könnte Einfluss auf die Lebenserwartung haben. Viele Menschen haben nicht die nötigen Ressourcen, um sich gut zu ernähren und sich gesundheitlich angemessen versorgen zu lassen.

Einem Bericht des UN Development Programme (UNDP) von 2014 zufolge hat die Geldarmut in Benin zugenommen, und die Fortschritte in der Gesundheitsversorgung und Bildung waren nicht groß genug, um eine höhere Lebenserwartung auf Dauer zu gewährleisten.

Die Weltbank zeichnet ein ähnliches Bild von Benin. Sie berichtet, dass die Armut trotz leichten Wachstums des Bruttoinlandsprodukts von vier bis fünf Prozent zunimmt. 2009 betrug die nationale Armutsrate 35 Prozent und 40 Prozent im Jahr 2015.

Teil des Problems ist der große informelle Sektor, der rund zwei Drittel des Arbeitsmarkts ausmacht und in dem laut Weltbank rund 90 Prozent der Arbeitskräfte arbeiten (siehe meinen Beitrag in E+Z/D+C e-Paper 2017/11, S. 16). „Benins Wirtschaft ist abhängig von seinem informellen Re-Export und Transithandel nach Nigeria, der bis zu 20 Prozent ausmacht“, erklärt die Weltbank. Damit Armut nachhaltig bekämpft werden kann, muss sich Benins Wirtschaft modernisieren.



KARIM OKANLA
ist Medienwissenschaftler
und freiberuflicher Autor aus
Benin.
karimokanla@yahoo.com

NACHRUF

Besondere Beziehung zu Afrika

Kofi Annan gilt als einer der erfolgreichsten UN-Generalsekretäre. Als gebürtiger Ghanaer hatte er zu Afrika stets eine besondere Beziehung. Auf dem Kontinent stieß seine Agenda jedoch nicht immer auf Akzeptanz. Am 18. August 2018 starb Annan im Alter von 80 Jahren in der Schweiz.

Von Friederike Bauer

Kofi Annan wurde 1996 auf Druck der USA zum UN-Chef gewählt, ein Amt, das er bis 2006 ausübte. Damals galt er mit seinem ungewöhnlich polyglotten Hintergrund als Prototyp des glaubwürdigen UN-Diplomaten, aber wegen der Umstände seiner Wahl auch als „Amerikas Pudel“: charisma-



Kofi Annan besuchte 1998 als UN-Generalsekretär eine Genozid-Gedenkstätte in Ruanda.

tisch zwar, aber auch konfliktscheu; beliebt, aber auch leicht von den USA fernzusteuern.

Nicht zuletzt deshalb war Annan in Afrika seinerzeit nicht unumstritten. Ein Afrikaner bei den UN sagte einmal hinter vorgehaltener Hand: „Er ist eigentlich keiner von uns.“ Besonders übel nahm man ihm, dass Annan als zuständiger Untergeneralsekretär für Friedensoperationen nicht genug gegen den Genozid in Ruanda unternommen hat.

Als er Ruanda später einen Besuch abstattete – dann schon als UN-Generalsekretär –, behandelte man ihn kühl und abweisend. Im Parlament herrschte damals ei-

siges Schweigen, als Annan den Saal betrat, um eine Rede zu halten.

Auch sein „Krieg gegen Aids“ Ende der 1990er trug ihm zwar im Westen Sympathien ein, aber nicht unbedingt in Afrika, obwohl die Ansteckungsraten dort besonders hoch waren. Zu der Zeit empfahl manches Regierungsmitglied als Heilmittel noch, mehr Knoblauch zu essen. Annan ließ sich davon nicht beirren und sagte bei einer Pressekonferenz vor dem damaligen Präsidenten Südafrikas Tabo Mbeki, einem der größten Bremsen in Sachen Aids, man müsse endlich umkehren und den Tatsachen ins Auge sehen.

Ähnlich zurückhaltend reagierte die politische Elite auf einen Bericht Annans

aus dem Jahr 1998 zu Konfliktursachen in Afrika. 30 Jahre nach der Unabhängigkeit sei es an der Zeit, die koloniale Vergangenheit abzustreifen, schrieb er. Sie allein erkläre die afrikanische Krise nur unzureichend. „Korruption, Nepotismus, Selbstgefälligkeit und Machtmissbrauch“ täten ein Übriges, urteilte er damals durchaus hart – das hörten die Afrikaner nicht gerade mit Begeisterung.

Annan selbst hielt sich zugute, mehr für Afrika als für jede andere Weltregion getan zu haben: So leitete er in seiner Amtszeit eine Reform der Friedensoperationen ein, um ein zweites Ruanda zu vermeiden, und brachte

das Konzept „Responsibility to Protect“ gegen Massenverbrechen mit auf den Weg.

Zudem wurde auf Annans Initiative hin 2002 ein Globaler Fonds gegen Aids, Tuberkulose und Malaria gegründet. Einer seiner größten Erfolge aber war 2000 die Verabschiedung der Millennium Development Goals (MDGs), die 2015 in die Sustainable Development Goals (SDGs) übergangen. Die MDGs galten zwar universell, zielten aber direkt auf Afrika: Denn mit ihnen hatte sich die Welt zum ersten Mal acht konkrete Ziele gesetzt, um die schlimmsten Übel unserer Zeit – wie Hunger und Armut – zu überwinden. „Ich denke, ich habe einen Beitrag geleistet, indem ich Entwicklung, Armut und Hunger fest auf der internationalen Agenda verankert habe“, sagte Annan gegen Ende seiner Amtszeit.

Trotz seiner internationalen Karriere fühlte sich Annan seinem Heimatkontinent stets verbunden, wie er in einem Gespräch mit der Autorin einmal sagte. Er bezeichnete seine Kindheit in Ghana als die „prägendste Zeit“ seines Lebens; er fühle sich in Afrika „tief verwurzelt“ und habe immer Sehnsucht nach seinem Klima, seinen Landschaften und seinen Menschen.

Dabei hat Annan von seinen 80 Lebensjahren nur ungefähr 25 in Afrika zugebracht. Der Rest teilte sich vor allem zwischen den USA und Europa auf, wo er seine UN-Karriere 1962 als Referent bei der Weltgesundheitsorganisation begann. Annan startete auf der niedrigsten Position für Akademiker und durchlief danach in 35 Jahren alle Stationen bis zum UN-Chef. Damit war er nicht nur der erste Schwarzafrikaner auf dem Posten, sondern auch der Erste – und bis heute Einzige –, der aus dem Inneren der UN nach oben aufgestiegen ist. Er war zudem der erste UN-Generalsekretär, der den Friedensnobelpreis zu Lebzeiten erhalten hat.

Auch die Afrikaner haben sich längst mit Annan ausgesöhnt. Misstöne sind heute kaum noch zu hören. Im Gegenteil, nach seinem Tod scheint man Annan nun in eine direkte Linie mit dem allseits verehrten Nelson Mandela zu stellen – den Annan seinerseits als großes Vorbild betrachtete.



FRIEDERIKE BAUER
arbeitet als freie Journalistin über Themen der Außen- und Entwicklungspolitik.
info@friederikebauer.de

FLÜCHTLINGE

Der Westen hält sich nicht an seine Werte

Der Umgang des Westens mit Flüchtlingen ist unwürdig und verantwortungslos. In Italien dümpeln Schiffe voller Menschen aus Afrika, die zum Teil medizinische Hilfe brauchen, tagelang vor der Küste und dürfen nicht anlegen – weil die populistische neue Regierung in Rom sie nicht will und die EU keine Lösung findet. Derweil ertrinken andere im Mittelmeer, ihre Rettung ist politisch nicht erwünscht.

Von Katja Dombrowski

In den USA haben Behörden hunderte Flüchtlingskinder aus Lateinamerika bei der Einreise von ihren Eltern getrennt. Sie haben das nicht sorgfältig dokumentiert und können die Kinder nicht zurückgeben, obwohl ein Gerichtsurteil sie dazu zwingt. Manche Eltern sind inzwischen abgeschoben und nicht erreichbar. Von behördlichen Schikanen, prekärer Unterbringung und fragwürdigen Abschiebungen diesseits wie jenseits des Atlantiks gar nicht zu reden.

Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander. Der Westen hält international gerne seine Werte hoch und pocht – zu Recht – auf die universellen Menschenrechte. Zum Selbstbild des Westens gehört es, nicht nur rechtlich, sondern auch moralisch korrekt zu handeln. Dafür müssten die Menschenrechte und die Genfer Flüchtlingskonvention sowie humanitäre Prinzipien eingehalten werden. Das erfordert, auf eine einfache Formel heruntergebrochen, Menschen in Not Schutz zu gewähren. „Null Toleranz“, das Motto von Donald Trumps Flüchtlingspolitik, ist so ziemlich das Gegenteil.

Das Motiv ist angeblich, die eigenen Bürger zu schützen. Dabei wird in Flüchtlingen oft eine Gefahr gesehen, die objektiv betrachtet gar nicht vorhanden ist. Eine Million Menschen pro Jahr, die in die EU mit ihren mehr als 500 Millionen Einwohnern kommen, können die Grundfesten Europas nicht erschüttern. Sie treiben uns nicht in den finanziellen Ruin, sie sprengen

nicht unsere Infrastruktur und Sozialsysteme, und ihre Sprachen, Traditionen und Religionen werden die unseren nicht verdrängen. Die Migranten nehmen uns auch nicht die Arbeitsplätze weg – im Gegenteil können wir zusätzliche Arbeitskräfte gut gebrauchen. Ob in Nordamerika oder Europa – die Statistiken zeigen, dass Migranten im Schnitt weniger kriminell sind als die heimat-

dingungen in Bangladesch fest – ohne Aussicht auf Verbesserung ihrer Lage. Und in Lateinamerika suchen 2,3 Millionen Venezolaner vor der desaströsen politischen und wirtschaftlichen Situation in ihrem Land in Nachbarstaaten Zuflucht; hinzu kommen einige Zehntausend, die vor Gewalt und Repression in Nicaragua flüchten. Weltweit gibt es nach UN-Angaben 250 Millionen Flüchtlinge.

Diese Flüchtlinge gehen uns alle an. Deshalb hat sich die internationale Staatengemeinschaft auf einen globalen Migrationspakt geeinigt, der im Dezember beschlossen werden soll (s. Beitrag S. 7). Er ist zwar nicht rechtsverbindlich, definiert aber wichtige Prinzipien, die Migranten schützen können. Fast alle Mitgliedstaaten sind dabei. Die Weltmacht USA zieht sich hinge-



Afrikanische Flüchtlinge bei der Ankunft in Tarifa, Spanien, im Juli 2018.

mische Bevölkerung. Die Ängste sind irrational, aber wirkungsvoll, weil Politiker sie für ihre Zwecke nutzen. Nicht die Flüchtlinge spalten Europa, sondern nationalistische und populistische Politiker, von denen manche Regierungsgämter bekleiden.

Im Vergleich zur Situation in anderen Weltgegenden sind Europas Probleme klein, das zeigt schon ein Blick auf die Zahlen. Millionen Syrer harren, nur mit dem Nötigsten versorgt, in Jordanien, dem Libanon und der Türkei aus. 700 000 Rohingya aus Myanmar sitzen unter unzumutbaren Be-

dingungen, wie schon beim Pariser Klimavertrag, aus der Verantwortung. Der Rest der Welt sollte den Pakt umso ernster nehmen. Die EU sollte dabei eine Führungsrolle übernehmen, anstatt sich weiter zu blamieren.



KATJA DOMBROWSKI
ist Redakteurin von **E+Z**
Entwicklung und
Zusammenarbeit / **D+C**
Development and

Cooperation.

euz.editor@fazit-communication.de

Leserbriefe

TRADITIONELLE SÜSSKARTOFFEL IST VERSCHWUNDEN

E+Z/D+C e-Paper 2018/06, S. 10:

Raphael Mweninguwe: Lokales Saatgut ist klimawandelresistenter

Der Artikel hat mich berührt, denn ich engagiere mich für Verbesserungen in der Landwirtschaft Malawis. Unser traditionelles Saatgut ist weitgehend verloren gegangen. Ich erinnere mich an die traditionellen Süßkartoffeln aus Nsanje, die ich früher gern gegessen habe. Sie sind heute nirgends mehr aufzutreiben. Ausländische Ideen und Weltbilder verdienen keine bessere Reputation als unsere eigenen Varianten. Ich schlage vor, dass Geber, die Agrarvorhaben finanzieren, lokale Partner und Interessengruppen finden, die dann selbstständig unsere traditionellen Sorten wiederbeleben und weiterzüchten. Biologische Landwirtschaft ist meine Passion, und ich bin bereit, mich für die Nutzung von Mist und lokalen Cassava-Setzlingen einzusetzen.

Jonathan Kandodo, Machinga, Malawi

DAS ENTSCHEIDENDE FEHLT

E+Z/D+C e-Paper 2018/07: Schwerpunkt: Klimawandel

Ich glaube nicht, dass die drei Punkte in Ihrem Editorial das Entscheidende dabei haben. Ich habe mal einen Leitfaden geschrieben, wie der Klimawandel in entwicklungspolitischen Projekten angemessen zu berücksichtigen sei. Dabei ist mir klar geworden, dass wir eine aufwändige und dezentralisierte Know-how-Institutionalisierung brauchen, um climate proofing weltweit möglich zu machen. Das entspricht auch Forderungen der World Meteorological Organization mit dem Schlagwort „Climate Service Centers“. Ohne solch einen Milliarden-Aufwand in Wissensvermittlung sind Infrastrukturprojekte, die dem Klimawandel gerecht werden, nicht mehr machbar. Wir haben diesbezüglich übrigens auch in Deutschland Defizite. 2017 wurden hier zwei offizielle Strategien zur Normung verabschiedet, aber in keiner von beiden taucht

das Wort „Klimawandel“ auf. Es steht also zunächst einmal Inlandsarbeit an, um Bewusstsein für diesen Bedarf zu wecken.

Hans-Jochen Luhmann, Wuppertal

KINDHEIT UND SPRACHPOLITIK

E+Z/D+C e-Paper 2018/04, Schwerpunkt: Schwere Kindheit

In den Beiträgen wird der Rolle von Sprachen in den behandelten Themen keine beziehungsweise allenfalls rudimentäre Aufmerksamkeit geschenkt. In den Jahren der Kindheit, in denen über die formale Bildung die

Portugiesisch nach wie vor nur einem kleinen Teil der Schüler zugänglich sind. Das betrifft vor allem die städtischen Gebiete, wohingegen auf dem Land afrikanische Sprachen dominieren.

Im Bildungswesen sollte die Sprache, die dem Kind am besten zugänglich ist, möglichst lange das bildungsvermittelnde Medium sein. Zumindest für die Vermittlung elementarer Fertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Arithmetik ist dies unter Pädagogen weitgehend akzeptiert.

Nichtafrikanische Sprachen im Bildungswesen haben einen besonderen Stellenwert im Kalkül der herrschenden Kreise. Diese sorgen dafür, dass ihre eigenen Kinder in den Amtssprachen unterrichtet und ausgebildet werden. Aus diesem Grund wird immer wieder zugunsten einer möglichst frühzeitigen Anwendung dieser Amtssprachen an den Schulen landesweit argumentiert.



Auf dem Schulweg in Burkina Faso: Im ländlichen Raum dominieren afrikanische Sprachen, und die meisten Kinder verstehen die Sprache der früheren Kolonialmacht nicht.

Grundlagen für das spätere Leben geschaffen werden, hat der sprachliche Ausgangspunkt der Kinder in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas aber eine zentrale Bedeutung. Leider sind bei deren Einschulung die Kenntnisse der Unterrichtssprache häufig unzureichend, wenn nicht sogar gleich Null.

Besonders in Subsahara-Afrika sind die Erfolge beziehungsweise Misserfolge der formalen Bildung auch das Ergebnis von Sprachpolitik. Immer wieder haben in diesem Zusammenhang die UNESCO und andere Organisationen darauf hingewiesen, dass die in der Kolonialzeit bevorzugten Sprachen wie Englisch, Französisch oder

Selbst dann, wenn etwa wie zum Beispiel über die GIZ umfangreiche Unterstützung bei der Förderung ausgewählter afrikanischer Sprachen im Bildungswesen (so in Ghana, Namibia, Malawi, Niger und anderswo) geleistet worden ist, hat es anschließend Regierungsentscheidungen gegeben, in denen diese Arbeit wieder negiert wird.

Das war 2013 in Malawi der Fall, als die Anwendung des Englischen ab Klasse 1 dekretiert wurde. Eine Entscheidung für Englisch als Unterrichtssprache wurde auch in Ruanda vor etwa zehn Jahren faktisch über Nacht getroffen.

Prof. Dr. Karsten Legère, Wien

TÜRKEI

Der Ein-Mann-Staat

Recep Tayyip Erdogan ist seit Juni Staatspräsident im neuen Präsidialsystem der Türkei, das ihm riesige Macht verleiht. Doch das Land befindet sich in einer veritablen Wirtschaftskrise. Erdogan steht mit dem Rücken zur Wand – und diesmal gibt es keinen Sündenbock, den er für die hausgemachten Probleme verantwortlich machen kann. Seine wechselnde Bündnispolitik hat das Vertrauen in die Türkei obendrein zerstört.

Von Timur Tinç

Mit der Wahl von Recep Tayyip Erdogan zum Staatspräsidenten am 24. Juni 2018 hat sich die Türkei endgültig als demokratischer Rechtsstaat verabschiedet. Aus der parlamentarischen Republik ist ein autoritärer Ein-Mann-Staat geworden. Durch das neue Präsidialsystem hat der 64-Jährige so große Befugnisse wie noch kein gewählter Staatsmann in der 95-jährigen Geschichte des Landes.

Zwei Jahre herrschte nach einem missglückten Putschversuch der Ausnahmezustand, in dem Erdogan per Dekret regierte. Diese Sonderrechte sind nun in ordentliche Gesetze überführt und damit zum Dauerzustand erklärt worden. So kann Erdogan Gouverneure ermächtigen, Ausgangssperren

verhängen, Demonstrationen und Kundgebungen verbieten, Vereine schließen sowie Personen und Kommunikation strenger überwachen lassen. Erdogan darf unter anderem zwölf der 15 Verfassungsrichter ernennen. Er ist oberster Befehlshaber der Streitkräfte. Er bestimmt die Minister und ist Vorsitzender der islamisch-konservativen Entwicklungs- und Fortschrittspartei (AKP). Das Parlament ist zu einer Abnick-Bühne degradiert worden. Es gibt kein einziges Korrektiv, wie man es aus dem französischen oder US-amerikanischen Präsidialsystem kennt.

Doch die vorgezogene Wahl im Juni ist nicht ganz so aufgegangen, wie sich Erdogan das gewünscht hatte. Die AKP landete bei 42,6 Prozent der Stimmen, verfehlte die absolute Mehrheit im 600-köpfigen Parlament um sechs Sitze und ist auf eine Koalition mit der rechtsextremen MHP angewiesen. Erdogan verschärfte als Erstes den Ton gegenüber der kurdischen Partei HDP, die es trotz aller Repressalien wieder über die Zehn-Prozent-Hürde ins Parlament geschafft hat. Kurz nach der Wahl drohte Erdogan bereits den Städten in der Südosttürkei, deren Kommunalverwaltungen die HDP leitet, „den Preis dafür zu zahlen“, dass sie angeblich

Steuergelder an die Terrororganisation PKK weiterleiten würden.

Ein erneutes Aufflammen des Kurden-Konflikts würde Erdogan gerade recht kommen, um vom drängendsten Problem abzulenken: der Währungskrise, die zu einer handfesten Wirtschaftskrise geworden ist. „Gebt diesem Bruder die Vollmacht und er wird euch zeigen, wie man es mit den Zinsen und Sonstigem aufnimmt“, hatte Erdogan vor den Wahlen getönt. Die Realität sieht anders aus. Die Lira ist ins Bodenlose gestürzt, die Inflationsrate lag im August bei 17,9 Prozent. Der Türkei droht eine Stagflation, das heißt, die Wirtschaftskraft lässt nach, während gleichzeitig die Verbraucherpreise steigen. Der Privatsektor hat schon jetzt enorme Schwierigkeiten, seine im Ausland in Dollar aufgenommenen Kredite zurückzubezahlen (siehe E+Z/D+C e-Paper 2018/09, S. 13). In den nächsten Monaten drohen Firmenschließungen und Entlassungen.

GLEICHGESCHALTETE MEDIEN

Die dramatischen Konsequenzen aus dieser Krise sind vielen Menschen in der Türkei gar nicht bewusst, weil sie von den weitgehend gleichgeschalteten Medien Tag für Tag belogen werden. „Ausländische Kräfte“ und die „Zinslobby“ sind als Schuldige ausgemacht worden. Dabei war es Erdogan selbst, der die Währungskrise befeuert hat, indem er die Autonomie der Zentralbank infrage gestellt hat und seine Ablehnung gegenüber dem Zinssystem kundtat. Doch auch ein Autokrat kann nicht auf Dauer die weltweiten wirtschaftlichen Gesetze außer Kraft setzen. Da helfen auch die zahlreichen Finanzspritzen aus dem Emirat Katar nichts. Und erst recht nicht das Eintauschen von Dollars in Lira, wie es Erdogans Anhänger getan haben.

Zusätzlich belastet wurde die türkische Wirtschaft durch die politische Krise mit den USA um den Freiheitsentzug für den US-amerikanischen Pastor Andrew Brunson. Ihm wird absurderweise Terrorismusunterstützung vorgeworfen. Ein beliebtes Mittel, um alle, die gegen Erdogan sind, als „Staatsfeinde“ zu brandmarken. Diese Methoden haben das Vertrauen in eine unabhängige Justiz endgültig zerstört. Erdogan wollte Brunson schon vor längerer Zeit im Gegenzug für Fethullah Gülen austauschen. Das ist der unliebsame türkische Prediger, der in den USA lebt und den Erdogan für den Putschversuch vor zwei Jahren verant-



Präsident Recep Tayyip Erdogan hat so viel Machtfülle in seiner Hand wie nie ein gewählter Staatsmann zuvor in der Türkei.

wortlich macht. Präsident Donald Trump reagierte auf die Verhaftung Brunsons mit massiven Sanktionen. Bis Mitte Oktober verlangt die USA eine Lösung, sonst könnten die Spannungen zwischen beiden Ländern eskalieren.

Der türkische Präsident steht mehr denn je mit dem Rücken zur Wand. Und immer, wenn er das tut, vollzieht er politische Kehrtwenden. Während er sich in der Vergangenheit mit den Chinesen wegen der Unterdrückung der Uiguren anlegte und sich als Schutzherr der muslimischen Minderheit gerierte, ist davon in Zeiten finanzieller Not nichts mehr übrig geblieben. Der Lohn: Im Juli bekam die Türkei einen Kredit aus China in Höhe von 3,6 Milliarden Dollar. Da überrascht auch die plötzliche Annäherung an die Europäische Union (EU) nicht. Jener EU, deren Ländern er Nazi-Methoden vorgeworfen hat, von der er sich schon längst abgewendet hatte und deren Staatsbürger er – darunter deutsche Journalisten – als politische Geiseln hält.

Die EU hat kein Interesse daran, dass die Türkei in eine handfeste Wirtschaftskrise schlittert, da ihre Banken hohe Kredite an türkische Kredithäuser vergeben haben und bei Nichtrückzahlung selber in Schwierigkeiten geraten könnten. Zudem braucht die EU die Türkei als Prellbock, damit nicht noch mehr Flüchtlinge nach Europa kommen und rechte Kräfte gestärkt werden. Die Türkei ist auf die EU-Investitionen angewiesen und kann es sich nicht leisten, vollkom-

men isoliert zu sein. Deshalb kann sie trotz der Flüchtlingsproblematik auch nicht aus einer Position der Stärke gegenüber der EU auftreten. Das ist die Chance für die Europäer, Druck auf die Türkei auszuüben und die Einhaltung rechtstaatlicher Prinzipien einzufordern, vor allem wenn es um ihre eigenen Staatsbürger geht. Um einen EU-Beitritt geht es schon lange nicht mehr.

Ein weiterer Brandherd für Erdogan ist der Syrien-Krieg. Mitte September einigte er sich mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin über eine entmilitarisierte Pufferzone im syrischen Idlib. Damit ist vorerst eine weitere humanitäre Krise vom Tisch, bei einem Angriff der syrischen und russischen Armee ist mit weiteren Millionen von Flüchtlingen zu rechnen. Bereits jetzt leben 3,5 Millionen Menschen in der Türkei, die aus Syrien oder dem Irak geflohen sind. Trotz der vorläufigen Einigung steht die Türkei vor großen Gefahren. Was machen die Dschihadistengruppen, die bereits vor der türkischen Grenze sind? Was passiert mit denen, die noch in Syrien kämpfen? Und wie reagiert die PYD, der syrische Ableger der PKK?

Aus diesen Problemen kann die türkische Opposition kein Kapital schlagen. Zum einen wird ihre Arbeit durch Verhaftungen wie bei der HDP erschwert oder findet in den Medien überhaupt nicht statt, wie bei der İyi Parti (Gute Partei). Zum anderen zerfleischt sich die größte Oppositionspartei, die CHP, selbst. Deren Vorsitzender Kemal

Kilicdaroglu weigert sich beharrlich, nach der x-ten Wahlpleite den Weg für Muharrem Ince frei zu machen, der bei den Präsidentschaftswahlen über 30 Prozent der Direktstimmen erhalten hat. Dabei hatten viele auf frischen Wind von Ince gehofft, nachdem seine Partei bei der Parlamentswahl mit 22,6 Prozent der Stimmen so schlecht wie lange nicht mehr abgeschnitten hatte. Dieser Wind ist aber genauso schnell abgeflaut, wie die türkische Lira an Wert verloren hat.

Trotz aller Macht in seiner Hand steht Recep Tayyip Erdogan vor der schwierigsten Zeit seiner politischen Karriere. Seine Kra-wall-Politik hat Bündnispartner wie die USA und die EU verprellt. Statt aus eigener Kraft Beziehungen mit vielen Staaten zu gestalten, ist der einzige Bewegungsspielraum in der Außenpolitik das Ausnutzen von Schwächen und Konflikten der Partner untereinander.

Einen Sündenbock, auf den er die Wirtschaftskrise schieben kann, gibt es nicht. So wird es drauf ankommen, wann seine Wähler anfangen, Fragen zu stellen, und wie sie reagieren, wenn sie kein Geld mehr in der Tasche haben. Erst wenn sie auf die StraÙe gehen, kann das System Erdogan ins Wanken geraten.



TIMUR TINÇ
ist Redakteur bei der
Frankfurter Rundschau.

t.tinc@fr.de

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Globales Engagement erwünscht

Deutschland genießt international hohes Ansehen. Wie eine aktuelle GIZ-Studie zeigt, wünschen sich viele Menschen weltweit von der Bundesregierung selbstbewussten Einsatz für Grundsätze wie Demokratie, Menschenrechte und multilaterale Kooperation.

Von Sabine Tonscheidt

Zum Jahreswechsel wird Deutschland zum sechsten Mal im UN-Sicherheitsrat vertreten

sein und damit Weltpolitik auf höchster Ebene aktiv mitgestalten. Die Wahl dazu fand im Juni statt und bescherte Deutschland direkt im ersten Wahlgang eine überwältigende Mehrheit: Es erhielt 184 von 190 Stimmen in der Generalversammlung für einen der zehn Sitze als nichtständiges Mitglied.

Das Votum kann man als einen Vertrauensbeweis werten. Und es deckt sich mit den Ergebnissen einer Wahrnehmungsstudie der GIZ. Demnach ist Deutschland mitt-

lerweile ein geachtetes und geschätztes Mitglied der Völkergemeinschaft. Allerdings: In den Augen der Welt bringt sich das Land international noch nicht stark und entschieden genug ein.

Für die Studie hat die GIZ 2017 mehr als 150 Deutschlandkenner auf allen Kontinenten nach ihrem Blick auf Deutschland befragt, nunmehr zum dritten Mal innerhalb von sechs Jahren. So sind rund 4200 qualitative Aussagen und Thesen entstanden, die einen Eindruck davon geben, wie Deutschland im Ausland wahrgenommen wird. Eines der zentralen Ergebnisse lautet: Die Befragten artikulierten ganz klar den Wunsch nach mehr deutschem Engagement – und zwar von Studie zu Studie stärker. Gerade jetzt, so lautet der Tenor,



Geflohener macht Selfie mit Merkel: Bilder wie dieses haben Deutschlands Reputation gutgetan.

werde Deutschland mehr gebraucht denn je, als Hüter der Werte der westlichen Welt, als Vertreter internationaler Kooperationen und als wohlmeinender Anwalt eines aktiven Multilateralismus.

DAS VAKUUM FÜLLEN

Viele Menschen wünschen sich das als Gegengewicht zu den USA, Russland und China, die sich jeder auf seine Weise wieder mehr auf eng verstandene nationale Interessen besinnen und dabei zum Teil auch Reflexe aus Zeiten des Kalten Krieges zeigen. Ein erstarkender Populismus, ein bedrohter freier Welthandel in Kombination mit einer Neuausrichtung der internationalen Macht- und Lastenteilung verstärken die Rollenzuschreibung an Deutschland noch zusätzlich. Es sei nicht zuletzt durch das Handeln des amerikanischen Präsidenten Donald Trump ein weltpolitisches Vakuum entstanden, so war von den Befragten zu hören, dem entgegenzuwirken man nur wenigen Staaten vertraue, darunter Deutschland. Aus den Veränderungen im internationalen Gefüge ergeben sich neue, höhere Erwartungen an die Mittelmacht im Herzen Europas, die von Themen aus dem Bereich Frieden und Sicherheit bis hin zu Entwicklungszusammenarbeit und Klimaschutz reichen.

Allerdings ist es keine einsame Führungsrolle, die man sich von Deutschland erhofft, sondern eine wohlmeinende im Rahmen der Europäischen Union. Eigene Interessen darf und soll Deutschland durchaus im Blick haben, diese dann aber auch transparent machen und sie am besten als Teil eines größeren Ganzen gewahrt sehen. Deutschland soll als „Soft Power“ mit internationaler Gestaltungsmacht auftreten, die sich aktiv für ein friedliches Miteinander einsetzt und gemeinsam mit anderen nach Lösungen für die größten Herausforderungen unserer Zeit sucht.

Eine typische Aussage in Brasilien lautete: „Wenn ich heute an Deutschland denke, sehe ich eine wichtige und stabilisierende Rolle in der EU und nehme es als wichtiges Gegengewicht zu den USA unter Trump wahr.“ In Indien hieß es: „Es ist historisch unvermeidbar, dass Deutschland in Zukunft eine tragende internationale Rolle einnimmt.“ Und in Kanada war zu hören, Deutschland könne die „(...) internationale Kooperation für Sicherheit, Umwelt, Klima und freien Handel weiter entwickeln“.

Damit Deutschland die Kraft für einen aktiveren Part in der Weltpolitik aufbringt, müsse es aus dem „Schatten seiner Vergangenheit heraustreten“, lautete eine häufige Empfehlung. Die Historie bleibt,

sie soll auch niemals vergessen werden, aber sie solle nicht länger ein limitierender, sondern ein motivierender Faktor sein. Gerade die Art und Weise, wie es seine totalitäre Geschichte aufgearbeitet habe, mache Deutschland zu einem glaubhaften Verfechter internationaler Zusammenarbeit.

WILLKOMMENSKULTUR

Ausgerechnet ein Umstand, der das Land selbst spaltet, scheint die Sicht auf Deutschland besonders geprägt zu haben: der Umgang mit Flüchtlingen ab September 2015. Er mag innenpolitisch Mühe machen, um das Mindeste zu sagen. Draußen in der Welt hat die Willkommenskultur dem Ruf Deutschlands nicht geschadet. Ganz im Gegenteil: Respekt und Glaubwürdigkeit sind gewachsen.

Das bedeutet nicht, dass die damit verbundenen Schwierigkeiten nicht gesehen würden. Das Ausland registriert die Probleme sehr wohl. Es heißt auch nicht, dass Deutsche in den Augen der Befragten sich nicht mental noch mehr internationalen Fragen und Belangen öffnen sollten. Aber der Umgang mit Flüchtlingen hat das Bild vom tüchtigen, effizienten und manchmal auch harten Deutschen aufgeweicht und um die Facette des verantwortungsvollen, humanitären Weltbürgers ergänzt.

Genau davon wünschen sich die Befragten anderer Länder mehr, auf allen Gebieten, von der globalen Energiewende bis zum Respekt für Menschenrechte, und in allen Gremien, auch im UN-Sicherheitsrat.

Die Erwartungen im Ausland sind hoch. Und sie sind sehr eindeutig: Folgt man der Studie, ist die Phase der Zurückhaltung Deutschlands Vergangenheit – und eine visionäre aktive internationale Zusammenarbeit gefragter denn je.

LINK

GIZ, 2018: Deutschland in den Augen der Welt. <https://www.giz.de/de/downloads/Deutschland-in-den-Augen-der-Welt-GIZ-Erhebung-2017-2018.pdf>



SABINE TONSCHEIDT
verantwortet die Unternehmenskommunikation der GIZ seit November 2015.
www.giz.de



Präsidenten mit autoritären Neigungen: Donald Trump und Wladimir Putin.

MENSCHENRECHTE

Besorgniserregende Trendwende

Nach dem Ende des Kalten Krieges waren Demokratie und Menschenrechte weltweit auf dem Vormarsch. In jüngster Zeit ist aber ein Stimmungsumschwung zu beobachten. Um dem Trend zu autoritärem Populismus zu widerstehen, ist es wichtig, seine Ursachen zu verstehen.

Von Michael Windfuhr

Das Ende des Kalten Krieges brachte mit der Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 eine neue und kräftige Anerkennung der Tatsache, dass alle Menschenrechte zusammengehören, unteilbar sind und universell gelten (siehe Kasten, S. 20). Der Kanon der Menschenrechte wurde in der Folge später sogar thematisch (Rassismus, Folter, Wanderarbeiter, Verschwindenlassen) und gruppenbezogen (Frauen, Kinder, Behinderte) erweitert und präzisiert. Vielfach hat sich derlei auch in nationaler Gesetzgebung und Rechtsprechung niedergeschlagen.

Die 90er Jahre waren ein Jahrzehnt des Aufbruchs. Die Demokratie schien sich weltweit durchzusetzen. Die UN organisierten eine Reihe von Weltkonferenzen und nährten damit die Hoffnung, dass zentrale Zukunftsaufgaben mit multilateralen Verträgen lösbar werden. Beispiele waren die Umweltkonferenz in Rio 1992, die Frauenkonferenz in Peking 1994, die Weltsozialkonferenz in Kopenhagen 1995 bis hin zum Welternährungsgipfel 1996 in Rom. Sie formulierten Leitlinien für nationale und internationale Politik und waren zugleich Katalysatoren einer wachsenden globalen Zivilgesellschaft. Dieser Trend prägte viele Staaten; die Zahl zivilgesellschaftlicher Organisationen wuchs schnell. Parallel dazu wurden wichtige Rahmenverträge der ökonomischen Globalisierung geschaffen. Es entstanden die Welthandelsorganisation WTO, die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA (beide 1994) oder der Europäische Binnenmarkt (1993).

Wie anders sieht dagegen die derzeitige Grundstimmung aus. Die Zahl der Staaten, in denen autoritäre Tendenzen beobachtet werden, nimmt zu. Neue Gesetze beschränken vielerorts die Freiheitsrechte. Ein neuer, autoritärer Nationalismus stellt multilaterale Kooperation in Frage.

Darüber, ob wir nun eine grundsätzliche Trendwende erleben, lässt sich natürlich streiten. Entwicklungsfortschritte, wie sie etwas Hans Rosling oder Steven Pinker in ihren Büchern eindrücklich dokumentieren, sollten nicht übersehen werden (siehe e-Paper 2018/9, S. 39 und 2018/7, S. 16). Positiv waren 2015 sowohl das Pariser Klimaabkommen als auch die Verabschiedung der Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs). Derzeit leben 56,5 Prozent aller Menschen in Staaten die als demokratisch eingestuft werden. Wahlen sind als Legitimationsgrundlage von Regierungshandeln weitgehend anerkannt, werden allerdings in vielen Ländern mittlerweile manipuliert. Politikwissenschaftler verweisen gerne darauf, dass die Rede von der Krise der Demokratie so alt ist wie die Demokratie selbst.

Allerdings ist die Wahrnehmung eines Trendwechsels und die Wahl dieses Begriffs durchaus begründet. Der Widerstand gegen

die derzeit entwickelte Form des globalen Multilateralismus wächst, die Akzeptanz demokratischer Institutionen nimmt ab, und die Spielräume zivilgesellschaftlicher Organisationen werden kleiner. Präsident Donald Trump ist der lebendige Beweis dafür, dass selbst in den USA Respekt vor einer unabhängigen Justiz und einer freien Presse nicht mehr selbstverständlich sind.

Für die Bewältigung globaler Herausforderungen bleiben Demokratie und Menschenrechte zentrale Voraussetzungen, wie die SDG-Agenda ausdrücklich anerkennt. Um dem autoritär-populistischen Trend etwas entgegenzusetzen, müssen wir begreifen, warum der Optimismus der 90er Jahre nun vielfach in Pessimismus umgeschlagen ist.

SECHS PROBLEMATISCHE ENTWICKLUNGEN

Sechs, zum Teil miteinander verwandte Trends haben die Atmosphäre verändert:

1. Tempo und Umfang der marktradikal vorangetriebenen Globalisierung haben staatliche Macht substanziell geschwächt. Nach Privatisierung, Deregulierung und der Senkung von Steuern, Zöllen und Abgaben tun sich Regierungen selbst in reichen Ländern schwer, Infrastrukturen und Sozialpolitik zu finanzieren. Zugleich konzentriert sich Reichtum immer mehr in den Händen sehr weniger Akteure, die wegen ihrer Finanzmacht enormen politischen Einfluss nehmen können. Die Leistungsfähigkeit demokratischer Regierungen hat dagegen abgenommen. Viele Menschen trauen ihrem Staat nicht mehr zu, entscheidende Probleme angemessen zu regeln. Die Finanzkrise, die vor zehn Jahren mit der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers an der Wall Street begann, hat die Probleme für alle deutlich sichtbar verschärft.

2. Die Reduktion von Staatlichkeit ging einher mit einem minimalistischen Verständnis von Demokratie, dem zufolge vor allem Wahlen den Kern der Demokratie ausmachen. Es übersieht, dass freie und allgemeine Wahlen nur dann gesellschaftlich demokratisch wirkungsvoll sind, wenn die Bürgerrechte gewahrt werden, Gewaltenteilung herrscht und soziale Gerechtigkeit angestrebt wird. Wir sehen nun, dass minimalistische Demokratien – etwa in Afrika oder Osteuropa – oft schwache Demokratien sind. Dabei können Wahlen, wenn sich Parteien beispielsweise entlang ethnischer Gruppen bilden, sogar konfliktverschärfend sein.

3. In vielen Ländern agieren Regierungen nun in einer Gegenbewegung zur Partizipationswelle der 90er Jahre repressiv und schotten sich gegen Forderungen nach Rechenschaft, Transparenz und Unbestechlichkeit ab. Gerade in Fällen enormer ökonomischer Machtkonzentration finden sie solche Forderungen besonders unangenehm. In über 70 Ländern hat es in den vergangenen Jahren neue Gesetze zur Beschränkung der Handlungsmöglichkeiten und des politischen Spielraums von zivilgesellschaftlichen Organisationen gegeben, wie die internationale Bürgerrechtsorganisation Civicus berichtet. Die Neigung zu autokratischer Herrschaft wächst selbst in vermeintlich stabilen Demokratien – wie Gesetze zur Kontrolle von Zivilgesellschaft in Indien oder Israel zeigen.

4. Zweifel an der Leistungsfähigkeit des demokratischen Nationalstaats wächst in vielen Kontexten. Nicht immer ist klar, ob der Verunsicherung tatsächliche Probleme zu Grunde liegen oder zunächst die Angst vor möglichen Problemen. Empirische Zusammenhänge zwischen sozialen Abstiegsängsten und wachsendem Populismus sind belegt. In den reichen Industrienationen stagnieren die Durchschnittseinkommen, und die Kaufkraft sinkt sogar. Der Sozialwissenschaftler Oliver Nachtwey bezeichnet selbst das vergleichsweise erfolgreiche Deutschland als „Abstiegsgesellschaft“ (siehe E+Z/D+C e-Paper 2017/02, Seite 26). Dabei neigen aber nicht unbedingt Arme oder besonders Benachteiligte zu antidemokratischen Positionen. Vielmehr werden häufig Verlustängste zur Mobilisierung gegen diese marginalisierten Gruppen eingesetzt. Es entstehen Widerstände gegen staatliches Handeln, das vordergründig nur anderen als einem selbst zugutekommt. Forderungen nach bevorzugter Berücksichtigung der eigenen Gruppe nehmen zu. Solche Stimmungen können und werden oft zudem ethnisch oder religiös aufgeladen.

5. Es ist offensichtlich, dass weder die nationale noch die multilaterale Politik bislang angemessen auf ökologische Gefahren reagiert. Wenn die aktuellen Trends anhalten, wird die Erde um mehr als drei Grad heißer – obwohl das Pariser Abkommen den Anstieg auf höchstens zwei Grad und möglichst sogar 1,5 Grad begrenzen soll. Nötig wäre eine globale Transformation der Wirtschaft, aber der Konsens dazu

ist weltweit nicht erkennbar. Im Gegenteil: Populisten bekommen unter anderem auch deshalb Zulauf, weil sie das Problem leugnen, tatsächlich notwendige Konsequenzen und Verhaltensänderungen ablehnen und unbegrenztes Wachstum versprechen. Oft werden sie von ökonomischen Interessenvertretern finanziell unterstützt, die ein ökologischer Umbau belasten würde – wie bei Trump zu beobachten.

6. Nach den Attentaten des 11. September 2001 hat der Westen, insbesondere die USA, mit dazu beigetragen, die eigenen Grundwerte in Frage zu stellen. In der Reaktion auf die Aggression des organisierten Terrorismus wurde im Irak ein grundloser Krieg mit falschen Tatsachenbehauptungen begonnen. Besonders gravierend waren die von westlichen Akteuren begangenen Menschenrechtsverletzungen: Folter in irakischen Gefängnissen war ein verheerendes Signal an andere menschenrechtsverletzende Staaten. Naiv war zudem die Hoffnung, vor allem mit Wahlen – also minimalistischer Demokratisierung – langfristige Regimewechsel und stabile Institutionen in Ländern wie Afghanistan, dem Irak und Libyen herbeiführen zu können.

Der hier beschriebene Stimmungsumschwung hat sich erstaunlich schnell vollzogen. Es droht eine Ära mit neuem Nationalismus, Tyrannei der jeweiligen Mehrheit und Unterdrückung aller jeweils „anderen“. Sie würde internationale Entwicklungserfolge zunichtemachen, während sich globale Probleme weiter zuspitzen würden. Der Kampf um Demokratie und Menschenrechte bleibt also zentral und Kern jedes Bemühens um Transformation. Zivilgesellschaftliche Akteure müssen ihn auf nationaler und internationaler Ebene führen. Selbstverständlich sind auch staatliche Stellen demokratischer Staaten dazu aufgerufen.

Klar ist aber auch, dass demokratische Regierungen Lösungen für drängende Probleme anbieten müssen – von sozialer Sicherung bis hin zu Umweltschutz. Die Erfahrung lehrt, dass Marktfreiheit und Minimaldemokratie nicht reichen.



MICHAEL WINDFUHR
ist stellvertretender Direktor
des Deutschen Instituts für
Menschenrechte.

info@institut-fuer-menschenrechte.de

70 Jahre Menschenrechtspolitik

2018 jährt sich die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEdMR) zum 70. Mal. Das zentrale Menschenrechtsdokument wurde erarbeitet und verabschiedet als Reaktion auf die totale Negation der Menschenwürde im Nationalsozialismus.

Die Erklärung enthält einen globalen Konsens über das, was Menschenwürde ausmacht. Sie umfasst sowohl bürgerliche und politische Rechte als auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte. Sie betont, dass sie alle geachtet, geschützt und gewährleistet sein müssen, um die Würde jeder Person, jedes Menschen zu realisieren.

Der beginnende Kalte Krieg führte allerdings frühzeitig zu einer Instrumentalisierung der Menschenrechte. Der Westen konzentrierte sich auf bürgerliche und politische Menschenrechte und kritisierte entsprechende Verletzungen im Osten, während umgekehrt der Osten auf Umsetzungsprobleme bei wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten im Westen verwies. Aufgrund des Kalten Kriegs waren die Folgen aber gering.

Der Konflikt ließ es nicht zu, einen zentralen Menschenrechtsvertrag zu erarbeiten. Die Kodifizierung der Menschenrechte in bindendem Völkerrecht erfolgte deshalb in zwei Verträgen: dem Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte sowie dem Pakt über bürgerliche und politische Rechte. Beide wurden 1966 von der UN-Generalversammlung angenommen und sind seit 1976 in Kraft.

Nach dem Fall der Berliner Mauer änderte sich die Lage. Die Konkurrenz von USA und Sowjetunion war beendet und die UN wurden tendenziell zu einem Forum, in dem internationaler Konsens zu verschiedenen Themen formuliert wurde. Die Menschenrechte in allen Dimensionen gewannen an Bedeutung.



Der Fall der Berliner Mauer war 1989 ein Wendepunkt.

Im Grunde haben alle neueren Verfassungen, die nach dem Ende des Kalten Krieges angenommen wurden, einen umfassenden Grundrechtskatalog. Beispielhaft gilt das etwa für die südafrikanische Verfassung von 1994, die auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte in den Grundrechtskatalog aufgenommen hat. Die zentralen Menschenrechtsverträge sind auf dem Weg zu einer quasi universellen Ratifikation. Mittlerweile haben zum Beispiel 110 Länder ein nationales Institut für Menschenrechte, die in der Globalen Allianz der Natio-

nenal Menschenrechtsinstitutionen kooperieren. Die Institute dienen dem Monitoring im eigenen Land, beobachten aber auch internationale Tendenzen – wie von der Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 gefordert. Sie arbeiten selbstverständlich auch mit zivilgesellschaftlichen Menschenrechtsschützern zusammen. Die intensive Vernetzung trägt unter anderem zu zuverlässigeren Daten und schnellerer wechselseitiger Information bei.

Klar ist jedoch auch, dass das Pendel inzwischen wieder zurück schwingt. In über 70 Ländern hat es in den vergangenen Jahren neue Gesetze zur Beschränkung der Handlungsmöglichkeiten und des politischen Spielraums von zivilgesellschaftlichen Organisationen gegeben, wie die internationale Bürgerrechtsorganisation Civicus (2017) berichtet. Sie ist ein zuverlässiger Beobachter der Einhaltung demokratischer Rechte.


Der Bertelsmann Transformations-Index weist in die selbe Richtung. Er erscheint alle zwei Jahre. Die Ausgabe von 2016 beklagte den schwindenden Spielraum für zivilgesellschaftliche Akteure. In der jüngsten Ausgabe heißt es, dass inzwischen sogar zu beobachten ist, dass Regierungen gerade von ohnehin defekten Demokratien zur Machtsicherung zunehmend rechtstaatliche Verfahren in Frage stellen und diese sogar aushebelten. (mw)

LINKS

Bertelsmann Stiftung, Hg.:
Transformation Index BTI 2018
Governance in International Comparison, Gütersloh, 2018.
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/publications/publication/did/transformation-index-bti-2018/>

CIVICUS, Hg., 2017: People power under attack, findings from the CIVICUS monitor, Johannesburg.
<https://www.civicus.org/index.php/media-resources/reports-publications/2802-people-power-under-attack-findings-from-the-civicus-monitor>

Deutsches Institut für Menschenrechte:
<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/startseite/>



Ghanaisches
Internetcafé:
Die Nutzung von
Google, Facebook
und anderen Websites
führt zur Entstehung
von riesigen
Datensätzen
(Big Data) bei
Großkonzernen.

Technologie und Arbeit

Künstliche Intelligenz, Big Data, Automatisierung und andere digitale Trends werden unsere Zukunft prägen. Zunehmend werden Beschäftigungschancen von höherer Bildung und spezialisierten Kenntnissen abhängen. Dabei kann das bewährte Muster, dem zufolge Entwicklungsländer ihre Industrialisierung mit Niedriglohnproduktion starten und dann schrittweise die Wertschöpfung steigern, obsolet werden. Die Politik muss zwei Dinge tun: sich auf den technischen Wandel einstellen und ihn konstruktiv gestalten.

Automatisierung im Billiglohnland

Industrieroboter sind in Mexiko auf dem Vormarsch. Die Wirtschaft des Landes hat insgesamt ein hohes Automatisierungspotenzial. Ob Roboter die traditionell billigen Arbeitskräfte langfristig wirklich verdrängen werden, ist jedoch noch unklar.

Von Virginia Mercado

Mexiko ist traditionell ein Land mit billigen Arbeitskräften. Lange hat der südliche Nachbar der USA ausländische Investoren vor allem mit niedrigen Produktionskosten ins Land gelockt, die in erster Linie niedrigen Lohnkosten geschuldet waren. Innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat Mexiko den niedrigsten Durchschnittslohn. Der allgemeine Mindestlohn liegt bei 88,36 Pesos pro Tag, was beim derzeitigen Umrechnungskurs nur rund 4,6 Dollar entspricht. In einzelnen Branchen wird allerdings deutlich mehr bezahlt. Die Einkommensungleichheit ist eklatant, und ein Großteil der Arbeit ist informell.

In der Automobilindustrie, einer der wichtigsten Branchen des Landes, verdienen Arbeiter nach Angaben des Center for Automotive Research, einem nicht gewinnorientierten Thinktank im US-Staat Michigan, im Durchschnitt etwas mehr als sieben Dollar pro Stunde. Das angesehene Colegio de México schätzt das Durchschnittseinkommen in der Autoindustrie dagegen nur auf etwas mehr als drei Dollar. Medienbe-

richten zufolge verdienen manche Arbeiter sogar nur zwei Dollar pro Stunde.

In den USA sind hingegen 20 bis 30 Dollar normal. Dieser Unterschied war ein Thema der Verhandlungen zum neuen amerikanisch-mexikanischen Handelsabkommen, das das alte Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) ersetzen soll. Damit Autos künftig zollfrei in den USA verkauft werden dürfen, sollen demnach 40 bis 45 Prozent der Komponenten von Arbeitern produziert werden, die mindestens 16 Dollar pro Stunde verdienen. Autohersteller, die dem nicht nachkommen, müssen 2,5 Prozent Zoll zahlen. Ob ihnen dieser relativ niedrige Satz viel ausmacht, ist nicht klar – und ob es überhaupt so kommt, war zu Redaktionsschluss Ende September offen, denn Kanada hatte dem neuen Abkommen noch nicht zugestimmt. Rechtskräftig ist die vorläufige Vereinbarung noch nicht.

Die neue Regel kehrt den bisherigen Wettbewerbsvorteil billiger Löhne um und stellt einen Anreiz für Autobauer dar, in Ländern mit höheren Durchschnittslöhnen zu produzieren. Sie könnte es aber auch attraktiv machen, die Produktion in Mexiko stärker zu automatisieren. Zudem besteht die Aussicht, dass die Löhne in der Branche steigen.

WICHTIGES IMPORTLAND

Industrieroboter sind bereits auf dem Vormarsch. Nach Angaben des internationalen

Verbands der Robotik-Industrie (International Federation of Robotics – IFR) gehört Mexiko zu den wichtigsten Schwellenländern, was den Import betrifft. Demnach führte das Land im Jahr 2016 mehr als 5900 Industrieroboter ein, 2020 werden es den Prognosen zufolge schon 9000 Einheiten sein. In der Autoindustrie kommen besonders viele Roboter zum Einsatz. Weitere Branchen, in denen Automatisierung eine Rolle spielt, sind die Lebensmittel-, Tierfutter-, Elektro- und medizintechnische Industrie.

In der Autoindustrie haben Roboter bislang vor allem die körperlich schwersten Arbeiten wie Hebevorgänge übernommen, während nach wie vor viele menschliche Hände für kompliziertere Aufgaben gebraucht werden. In der Lebensmittel- und Getränkeindustrie werden Roboter außer für Hebevorgänge auch in der Verpackung und Palettierung eingesetzt. Auch im Finanzdienstleistungsbereich machen Computeranwendungen menschliche Arbeit überflüssig. Die Bank BBVA kündigte vor kurzem an, im Zuge eines Digitalisierungsprojekts 1500 Menschen vor die Tür zu setzen.

Automatisierung gewinnt auch in kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) an Bedeutung. Beispielsweise übernehmen Roboter zunehmend Fließbandarbeiten. Es gibt allerdings noch Widerstand gegen diesen Wandel, und da die meisten Jobs in KMU angesiedelt sind, ist noch nicht abzusehen, ob und in welchem Ausmaß die Zahl der Arbeitsplätze durch Automatisierung verändert wird. Laut der Unternehmensberatung McKinsey liegt Mexikos Automatisierungspotenzial bei insgesamt 52 Prozent der Arbeitsplätze. Die verarbeitende Industrie ist prozentual am stärksten betroffen: Dort könnten 64 Prozent der Jobs wegfallen, das sind 4,9 Millionen Arbeitsplätze. In absoluten Zahlen liegt der Einzelhandel an erster Stelle; 5,5 Millionen Jobs oder 51 Prozent sind bedroht. Digitalkassen ermöglichen automatisierte Lagerhaltung und optimierte Lieferketten, wovon vor allem große Supermarktketten profitieren – was aber für Verbraucher und Volkswirtschaft auch vorteilhaft sein kann. Tilman Altenburg vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik empfiehlt, solche Prozesse politisch zu steuern (siehe E+Z/D+C e-Paper 2017/10, S. 38).

Im primären Wirtschaftssektor, zu dem Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei und Jagd gehören, könnten 59 Prozent oder 4,7 Millionen Arbeitsplätze ersetzt



In der Automobilindustrie kommen viele Roboter zum Einsatz. VW-Werk im mexikanischen Puebla.



werden. Repetitive physische Arbeiten sind dem Bericht zufolge am ehesten geeignet, von Maschinen übernommen zu werden, gefolgt von der Erhebung und Verarbeitung von Daten.

Die tatsächliche Automatisierung hängt laut McKinsey von fünf Faktoren ab. Das sind:

1. technische Machbarkeit,
2. Kosten der Automatisierung,
3. Verfügbarkeit, Fähigkeiten und Kosten von Arbeitskräften, die die entsprechenden Arbeiten ansonsten ausführen würden,

4. weitere Vorteile der Automatisierung (über die Lohnkostensparnis hinaus), etwa höhere Präzision, und

5. regulatorische Bedingungen als Ausdruck der gesellschaftlichen Akzeptanz.

Kostenfragen spielen für unternehmerische Entscheidungen eine große Rolle. Es ist aber beispielsweise nicht klar, ob es auf lange Sicht teurer oder billiger ist, die billigen Arbeitskräfte, die charakteristisch für Mexikos Wirtschaft sind, durch Roboter zu ersetzen. Dieses Dilemma könnte das größte Hindernis für den Einsatz neuer Technologien in der Wirtschaft des Landes darstellen.

Auch die Qualifizierung von Arbeitskräften stellt eine Herausforderung dar. Die Transformation der Produktion erfordert andere Ausbildungsprofile und höhere Spezialisierung (siehe Kasten nächste Seite). Laut McKinsey liegen die wichtigsten Kompetenzen, die die zunehmende Automatisierung und die Einführung künstlicher Intelligenz erfordert, im technischen, sozialen und emotionalen Bereich, während

körperliche beziehungsweise manuelle Fertigkeiten langsam, aber sicher an Bedeutung verlieren werden. Darauf müssen sich sowohl das Bildungswesen als auch die Arbeitskräfte erst noch einstellen.

QUELLE

Chui, M., Manyika, J., and Miremadi, M., 2016: *Where machines could replace humans – and where they can't (yet)*. McKinsey Quarterly, July 2016.

<https://www.mckinsey.com/business-functions/digital-mckinsey/our-insights/where-machines-could-replace-humans-and-where-they-cant-yet>
https://public.tableau.com/profile/mckinsey_analytics#!/vizhome/InternationalAutomation/WhereMachinesCanReplaceHumans



VIRGINIA MERCADO
 ist Wissenschaftlerin an der Universidad Autónoma del Estado de México (UNAM) und Lehrkraft für Friedens-

und Entwicklungsstudien.
virmercado@yahoo.com.mx

Kultureller Wandel

Die zunehmende Robotisierung und Automatisierung der industriellen Fertigung bringt neue Anforderungen an die Ausbildung und somit Herausforderungen für die Ausbildungsstätten mit sich.

Die technische Ausbildung in Mexiko ist in den Augen von Carlos Gómez Payán, Ingenieurinformatiker am Instituto Tecnológico y de Estudios Superiores de Monterrey, im Rückstand. Universitäten und Fachhochschulen berücksichtigten zwar mittlerweile neue Anforderungsprofile, es lägen jedoch noch keine Erkenntnisse darüber vor, wie die Absolventen auf dem Arbeitsmarkt zurechtkommen. Die jungen Leute müssten immer besser vorbereitet werden, um ihren Platz auf dem immer



Chirurgischer Eingriff mit Hilfe eines Roboters in Mexiko-Stadt.

stärker technisierten Markt zu finden – und nur diejenigen, die dazu bereit seien, hätten überhaupt Chancen.

„Die idealen Angestellten für die industrielle Fertigung im Elektronikbereich sind die-

jenigen, die über die nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen“, sagt Gómez Payán. Sie müssten sowohl Hardware als auch Software betreuen sowie Systeme, Plattformen und Produkte so konfigurieren und entwickeln, dass sie den Anforderungen für ihren Einsatz gerecht werden. „Nötig ist die Abstimmung auf neue Technikfelder wie virtuelle Realität, Internet der Dinge, Automatisierung, intelligente Systeme, Big Data und so weiter“, urteilt Gómez Payán.

Zu den Bereichen, in denen großen Verbesserungen durch technologische Innovationen zu erwarten sind, zählt der Ingenieur biometrische Erkennung, künstliche Intelligenz, Gesundheitsüberwachung und intelligente elektronische Geräte. Die Veränderungen werden seinem Urteil nach über die reine Produktion hinausgehen: Es han-

dele sich um einen kulturellen Wandel – zumindest innerhalb der Bevölkerungsgruppen, die Zugang zu diesen Neuerungen hat.

Gute Karriereaussichten hätten diejenigen, die sich auf die Analyse statistischer und mathematischer Daten spezialisierten. Datenbasierte Systeme würden für unternehmerische Entscheidungen immer wichtiger. Die Industrie 4.0 – so nennen Fachleute die digitale Wirtschaftsweise der Zukunft – ermögliche bedarfssynchrone Produktion. Voraussetzung seien aber auch entsprechende Kenntnisse und Fähigkeiten der Verbraucher. Es sei davon auszugehen, dass die Angehörigen künftiger Generationen als Endkonsumenten oder Nutzer elektronische Geräte immer gewandter verwenden werden und entsprechend auch immer bessere Produkte und Dienstleistungen erwarten. (vm)

Wohlstand auf breiter Basis schaffen

Digitale Geräte und Anwendungen verändern die Weltwirtschaft. Vor allem politische Entscheidungsträger und Entwicklungsagenturen müssen verstehen, was das für Entwicklungsländer bedeutet. Benjamin Kumpf, Innovationsexperte beim UNDP, sprach mit E+Z/D+C über Vor- und Nachteile der jüngsten Technologietrends.

Benjamin Kumpf im Interview mit Hans Dembowski

Roboter sollen menschliche Arbeit ersetzen und werden immer besser. Überholen sich etablierte Entwicklungsmuster – arme Länder industrialisieren sich auf Basis billiger Arbeitskräfte und erreichen dann allmählich den Weltmarkt – durch den Fortschritt der Informationstechnologie?

Ich würde sagen, einige Roboter sollen menschliche Arbeit ersetzen, andere sollen

sie ergänzen oder etwas ganz Neues tun. Prognosen zu Jobverlusten in Folge der Automatisierung in Entwicklungsländern liegen bei bis zu 55 Prozent in Usbekistan und 85 Prozent in Äthiopien. In den USA investieren gerade einige Unternehmen in die Robotik, um die Textilindustrie zurückzuerobieren. Man kann das Ganze auf zweierlei Weise betrachten: Entweder man beklagt, dass Entwicklung nicht mehr so verläuft, wie man es kennt. Oder man sucht nach besseren Ansätzen. Niedriglohnarbeit ist offensichtlich ein Wettbewerbsvorteil der Entwicklungsländer, der einen Produktivitätszuwachs verspricht und geringqualifizierte Arbeitskräfte beschäftigt. Das wird sich wohl ändern. Neben dem Streben nach ökologischer Nachhaltigkeit, nach weniger Ungleichheit und nach gerechten Löhnen müssen Entwicklungsländer auch Möglichkeiten finden, die nicht auf Niedriglohnar-

beit bauen. Das ist eine Herkulesaufgabe. Die meisten politischen Empfehlungen setzen auf Kompetenz und Vernetzung, also auf Bildung und Handel, basierend auf Wettbewerbsvorteilen in Marktnischen.

Kann digitale Technologie dazu beitragen?

Ja, man kann Entwicklungsverläufe digital überspringen und so neu definieren. Das geht aber nur, wenn zugleich in grundlegende Infrastruktur und Bildung, Verbesserung des Geschäftsumfelds, wirtschaftliche Umverteilung und soziale Sicherheit investiert wird. Die Menschen brauchen eine tertiäre Bildung, um mit aktuellen IT-Anwendungen mithalten zu können, und die ist in Entwicklungsländern noch selten. Es muss daher auf verschiedenen Ebenen gehandelt werden: Wir brauchen einen öffentlichen Diskurs über Umverteilung und darüber, wie eine Gesellschaft Wertschöpfung definiert.

So oder so: Müssen wir uns darauf einstellen, dass menschliche Arbeit überflüssig wird?

Es kommen zweifellos große Probleme auf uns zu. Politiker sollten genau überlegen, was die Zukunft bringen könnte. Die Geschichte gestattet ein bisschen Optimismus: Seit der Industriellen Revolution in

Vier wichtige Technologietrends

Automatisierung bedeutet, dass Maschinen Aufgaben erledigen, ohne unmittelbar von einem Menschen bedient zu werden. Computerprogramme steuern Roboter, die Werkzeug benutzen können und ausgefüllte Sensorik haben. Seit den 1990er Jahren nutzt die Automobilindustrie Roboter im großen Stil. Zunehmend wird Künstliche Intelligenz (KI) genutzt, um die Roboter zu steuern. Fahrerlose Autos werden wahrscheinlich bald einsatzbereit sein.

Big Data bezieht sich auf riesige Datensätze, die, wenn sie

systematisch ausgewertet werden, Entwicklungen aufzeigen, die sonst unbekannt blieben. Zugleich ermöglicht die Analyse der Datenspur einzelner Individuen Rückschlüsse auf Privatangelegenheiten wie beispielsweise Gesundheit oder politische Präferenzen. Verbraucher erzeugen systematisch Big Data, wenn sie das Internet, Mobiltelefone und andere digitale Anwendungen nutzen. Die Kundendateien von Versicherungen oder Versorgungsunternehmen können auch Big Data sein. Manchmal werden auch Satellitenbilder mit diesem Begriff erfasst.

Blockchain ist ein digitales Verfahren, das verhindert, dass Dateien nach dem Transfer von einem Rechner zum nächsten manipuliert werden können. Die Dateien enthalten nämlich automatisch verschlüsselte Dokumentationen aller früheren Transaktionen. Die bekannteste Blockchain-Anwendung ist die digitale Währung Bitcoin. Befürworter bewerten es als einen Vorteil, dass sie keinerlei staatlichem Einfluss unterliegt. Die Erfahrung der vergangenen Monate zeigt aber, dass der Wert von Bitcoin spekulationsbedingt stark schwankt.

Künstliche Intelligenz (KI) bedeutet, dass Computerprogramme kognitive und intellek-

tuelle Aufgaben bewältigen, zu denen bislang nur Menschen fähig waren. Ein Beispiel ist Spracherkennung. KI beruht typischerweise auf Algorithmen, die große Datensätze menschlichen Verhaltens auf richtige Entscheidungen hin auswerten. Je nach Aufgabe werden unterschiedliche menschliche Vorbilder herangezogen. Expertenprogramme, die Ärzten bei der Diagnose von Krankheiten helfen, stützen sich auf Datensätze von medizinisch kompetenten Entscheidern. Algorithmen von Online-Händlern, die Kunden Waren anbieten, die andere Klienten mit ähnlichen Vorlieben gekauft haben, sind offensichtlich weniger anspruchsvoll.

(dem)



Selbstfahrende Autos könnten Staus in Megastädten wie Nairobi mindern.

Britannien im 18. Jahrhundert befürchteten die Menschen, dass Maschinen Arbeiter ersetzen. Tatsächlich kann der technische Fortschritt den unteren und mittleren Klassen schaden. Andererseits haben neue Technologien bisher mehr Jobs geschaffen als zerstört. Die Art der Arbeit ändert sich – teils fundamental. Wir müssen verstehen, ob sich das nur zeitweilig negativ auf die Arbeit auswirkt und man dem durch Umschulungen begegnen kann oder ob es Mechanismen sind, die zu einer sehr weitreichenden Automatisierung führen. Vorhersagen zufolge wird es mehr soziale Ungleichheit und weniger Chancen für Geringqualifizierte geben. Regierungen und Entwicklungsorganisationen kommt die wichtige Aufgabe zu, die passenden Narrative zu entwickeln. Es ist sinnvoll, gemeinsam zu überdenken, welche Art von Arbeit automatisiert werden soll und wie unterschiedliche Arbeitsformen entlohnt werden. Manuelle Arbeit muss geschätzt und angemessen belohnt werden. Es bedarf innovativer politischer Maßnahmen, und Konzepte wie das universelle Grundeinkommen werden wichtiger. „Niemanden abhängen“ ist schließlich ein Leitprinzip der Sustainable Development Goals.

Eröffnen digitale Technologien höher gebildeten Menschen in Entwicklungsländern neue Chancen?

Ja, kreative Arbeit dezentralisiert sich weltweit. Es gibt Technologiezentren in Bangalore, Nairobi und anderswo. Weltweit

tun sich Chancen für digitale Arbeiter auf. Außerdem machen neue Technologien Umweltschutz möglich. Satellitenbilder und maschinelles Lernen etwa helfen zu verstehen, welche Auswirkungen die aktuelle Politik auf die Biodiversität hat, und Crowdfunding macht Investitionen in die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erschwinglich.

Lassen Sie uns über Vor- und Nachteile wichtiger technologischer Trends sprechen: Wenn Automatisierung zu Arbeitslosigkeit führen kann – welche Vorteile gäbe es dann für Entwicklungsländer?

Zunächst einmal möchte ich die nach wie vor bestehenden Hürden im Zugang zu Technologien betonen. Noch immer hat mehr als eine Milliarde Menschen keinen Strom, und 3 Milliarden verfügen über keine sichere und saubere Technologie zum Kochen. Analphabetismus ist vielerorts nach wie vor ein großes Problem, und weniger als die Hälfte aller Menschen benutzt das Internet. Dennoch sind die möglichen Vorteile aufkommender Technologien beachtlich. Das Mobiltelefon etwa war und ist zentral für die finanzielle Inklusion. Ein aktuelles Beispiel für technologiebedingten Fortschritt ist, dass Arzneimittel und Impfstoffe mit Drohnen in abgelegene Gebiete gebracht werden können. Selbstfahrende Autos könnten Staus und Umweltverschmutzung in Megastädten wie Neu-Delhi, Nairobi oder Los Angeles massiv mindern

– und das käme auch der wirtschaftlichen Produktivität zugute.

Neben der Automatisierung sehe ich zwei weitere entscheidende Trends: Big Data und Künstliche Intelligenz. Ist mir außerdem etwas Wichtiges entgangen?

Nun, es gibt viele bedeutende Trends, und sie hängen in der Regel zusammen. Ich denke, die politischen Entscheidungsträger sollten sich auf die von Ihnen erwähnten Trends sowie auf Blockchain und Bioethik konzentrieren. Menschen können die Zukunft schlecht vorhersagen, vor allem wenn sie bedrohlich erscheint. Es ist wichtig, sich auf unerwartete Szenarien einzustellen.

Nun zu Big Data: Haben Sie Beispiele für echte Vorteile?

Ja. Aber Big Data allein reicht meist nicht. Die Daten von Verbrauchern, die Mobiltelefone, soziale Medien und Suchmaschinen nutzen, müssen durch Haushaltsumfragen und andere Datenerhebungen ergänzt werden. Sonst wird das Bild verzerrt. Man weiß, dass mehr Männer digitale Geräte nutzen als Frauen – die Datenspuren sagen also mehr über die Präferenzen von Männern aus, als über die von Frauen. Wir können mit den geschlechtsspezifischen Unterschieden umgehen, aber dafür muss Big Data durch Daten aus konventionell generierten Statistiken und zusätzlichen qualitativen Untersuchungen ergänzt werden. Bei richtiger Nutzung liefern Big-Data-

Analysen relevante Einblicke in das Leben von Menschen. In den letzten Jahren hat sich das UNDP, oft gemeinsam mit UN Global Pulse und nationalen Regierungen, mit diesen Themen befasst und kam zu interessanten Ergebnissen:

- Das UNDP arbeitet im Sudan mit Partnern, auch mit deutschen akademischen Einrichtungen, an Echtzeit-Erkenntnissen zu Armut. Big Data von Satellitenaufnahmen nächtlicher Beleuchtung, Daten von Mobiltelefonen und Daten zum Stromverbrauch ergänzen die offizielle Armutsstatistik und ergeben ein reales Bild von Armut – und das in Echtzeit. Politische Entscheidungsträger gewinnen so ein umfassendes Bild davon, wo arme Menschen leben. Dieser Ansatz hat Datensammlung deutlich effizienter gemacht.

- In Indonesien hilft Big Data bei der Hochwasservorsorge und beim Umgang mit Überschwemmungen. Twitter ist in Indonesien sehr beliebt, daher nutzt die Analyse von Unterhaltungen auf Twitter, um Erkenntnisse zu gewinnen und Partnern aus Zivilgesellschaft und Regierung schnelles Handeln zu ermöglichen. So kann Berichten nachgegangen werden, und man kann Flutopfer in Echtzeit erreichen.

Und was sind Risiken von Big Data?

Es gibt große Probleme mit der Privatsphäre. Analysieren Sie etwa die Browsing-Präferenzen einer Person, gewinnen Sie Einblicke über deren sexuelle Orientierung, politische Ansichten oder Gesundheitszustand – alles Informationen, die missbraucht werden können. Ein Großteil der Daten von Verbrauchern liegt bei einigen privaten Firmen wie Online-Händlern, Telekommunikationsunternehmen, Social-Media-Plattformen oder Suchmaschinen. Wenn Regierungen an diese herankommen, können sie die Opposition unterdrücken und zivilen Ungehorsam blockieren. Mit solchen Folgen werden wir rechnen müssen, wenn wir keine Datenprotokolle und Rechenschaftssysteme einrichten. Wir müssen also dafür sorgen, dass der Einzelne emanzipiert mit seinen eigenen Daten umgeht und sie schützt.

Welches Potenzial sehen Sie in Künstlicher Intelligenz (KI)?

Da gibt es einiges an Potenzial. KI kann beispielsweise den Horizont politischer Entscheidungsträger erweitern. Die algorithmische Überprüfung von Big Data kann



Twitter ist in Indonesien sehr populär, daher ist es sinnvoll, sich bei Hochwasser an Tweets zu orientieren.

ihnen buchstäblich die Augen öffnen, etwa was die aktuelle Entwaldung angeht. In Mittelamerika kann KI die Folgen des Ananasanbaus für die Biodiversität aufzeigen. Oft realisieren Verantwortliche nicht, wie sich politische Entscheidungen auf das größere System auswirken. Ein weiterer Bereich, in dem KI helfen könnte, ist die Strafjustiz. Justizsysteme sind in vielen Ländern überlastet, die Menschen verlieren das Vertrauen darin. Algorithmen können helfen, die Justiz besser zu verwalten und Verfahren zu beschleunigen.

Aber kann KI Probleme nicht auch verschärfen? Soviel ich weiß, basiert KI auf menschlichen Verhaltensmustern, wobei Computerprogramme so konzipiert sind, dass sie das Verhalten imitieren, das für den jeweiligen Kontext maßgebliche Menschen am häufigsten zeigen. Ist das Rechtssystem eines Landes gegenüber einer Minderheit voreingenommen, spiegeln die Entscheidungen, die dafür maßgebliche Personen treffen, diese Voreingenommenheit wider. Wird sie dann nicht durch KI verstärkt?

Ja, das kam schon vor. In einigen Ländern waren algorithmische Entscheidungen tatsächlich voreingenommen gegenüber Minderheiten. Da waren die Daten, mit denen die Algorithmen trainiert wurden, verzerrt. Es wäre aber auch möglich, unverzerrte Programme zu erstellen. Das ist ein Paradebeispiel für den technischen Fortschritt, der zugleich Chancen wie Risiken birgt. Leistung kann nicht nur repliziert, sondern auch verbessert werden. Dazu müssen die Datensätze, aus denen sich die Algorithmen ableiten, transparent kontrolliert werden.

Und die Programme sollten von den unterschiedlichsten Menschen geschrieben werden. Das wäre gegeben, wenn mehr junge Frauen und Angehörige von Minderheiten MINT-Fächer – Wissenschaft, Technologie, Ingenieurwesen und Mathematik – studieren würden. Regierungen sollten sie fördern. Zugleich müssen auch Privatunternehmen sicherstellen, dass ihre Mitarbeiter ein buntes Spektrum abbilden. Und wir brauchen multisektorale Plattformen, auf denen Fortschritte, Grundsätze und Rechenschaftssysteme von KI erörtert werden.

Ich habe den Verdacht, dass Künstliche Intelligenz nicht wirklich intelligent ist. Wenn sie letztlich darauf zielt, das durchschnittliche Verhalten maßgeblicher Menschen zu replizieren, wird das Ergebnis per definitionem mittelmäßig sein. Mittelmäßig ist natürlich immer noch besser als schlecht, aber doch schlechter als exzellent. Wir sind gefordert, „über den Tellerrand zu schauen“, aber kann KI das?

Bisher sind die Standardanwendungen der KI nicht dafür gedacht, aber die Technik schreitet voran. Inzwischen gibt es kreative KI: Programme schreiben Gedichte oder komponieren Musik. Wir sprechen von der Entstehung künstlicher Superintelligenz – KI, die kreative Entscheidungen besser treffen kann als der Mensch, allgemein menschliche kognitive Fähigkeiten übertrifft und sogar schlussfolgern kann. Vor dieser Art von KI warnen uns Technologie-Enthusiasten wie Tesla-Gründer Elon Musk. Eines meiner Lieblingszitate stammt von dem italienischen Politiker und Philosoph Antonio Gramsci: „Ich bin vom Intellekt her Pessimist und vom Willen her Optimist.“ Es scheint ein gutes Paradigma zu sein, die technologische Zukunft auf einen Pfad zu lenken, der der menschlichen Erfüllung und Freiheit dient.

LINK

In ihrem kürzlich veröffentlichten, jährlichen Report, nennt die UNDP Innovation Facility Fallbeispiele aus über 25 Ländern:
<http://www.undp.org/innovationreport>



BENJAMIN KUMPF
 ist Leiter der UNDP
 Innovation Facility in New
 York.

<https://twitter.com/bkumpf>

Welthandel für Digitalisierung fit machen

Bislang hat die Welthandelsorganisation WTO kein multilaterales Mandat für digitalen Handel und seine Regulierung. Zudem sind viele Innovationen noch nicht ausgereift, was zu Unsicherheit führt. Eine Expertengruppe hat Empfehlungen dazu formuliert, wie die G20 diese Herausforderungen angehen könnten.

Von Sabine Balk

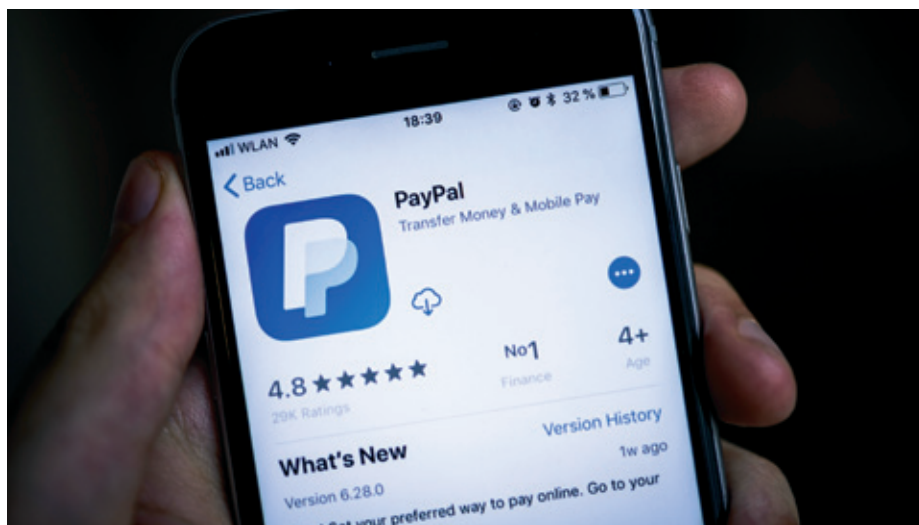
Die Autoren des Berichts beschreiben zunächst die Herausforderungen, vor denen die G20-Mitglieder stehen: Multilateral gültige Regulierungen von digitalem Handel kommen nur langsam voran. Das kann schwerwiegende Konsequenzen für die globale Wirtschaft und Entwicklung haben. Einschlägige Anstrengungen der WTO verdienen deshalb aus Sicht der Wissenschaftler Unterstützung. Dabei müsse auch das Problem einer sich weitenden digitalen Kluft berücksichtigt werden.

Angesichts neuer technologischer Möglichkeiten habe die Welthandelsordnung Lücken. Um sie zu schließen, sei mehr und effizientere internationale Koordination nötig. Die Experten schreiben, nationale Regierungen müssten sich entsprechend engagieren. Unter anderem bestehe die Gefahr der Steuervermeidung durch Verschiebung von Gewinnen in andere Länder. Für solche Fragen seien klare Rahmenbedingungen nötig.

Der Expertenbericht empfiehlt daher, dass die G20-Präsidentschaft die für Handel zuständigen Minister damit beauftragt, ein „Memorandum for cooperation on digitally enabled trade“ zu vereinbaren. Dies könnten sie schon beim Gipfel Ende November in Buenos Aires tun.

Die Wissenschaftler regen an, den Begriff „digitally-enabled trade“ zu benutzen, denn Begriffe wie „e-commerce“ oder „digital trade“ seien verwirrend. „Digitally-enabled trade“ sei präziser, weil er alle handelsrelevanten Nutzungen digitaler Technik umfasse. Explizit genannt werden

unter anderem die Blockchain-Technologie, die nachträglich nicht mehr manipulierbare Transaktionen ermöglicht, sowie die Distributed-Ledger-Technologie, welche fälschungssichere Kooperation mehrerer Partner an verschiedenen Computern in aller Welt ermöglicht.



Die G20 müssen sich den Herausforderungen des digitalen Handels stellen.

Die Studie betont, das Memorandum müsse die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen digitalen Techniken und Handel erfassen. Zudem sei die digitale Kluft zwischen entwickelten und weniger entwickelten Ländern zu berücksichtigen.

Den Experten schwebt ein Handels- und Investmentpaket vor. Es würde Wirtschaftsakteuren dann weitreichend Handlungsoptionen ermöglichen, Rechtssicherheit schaffen und die Infrastruktur für digitale Entwicklung vorantreiben. Um Zugang zu digitalen Optionen weltweit zu schaffen, seien auch Public Private Partnerships sinnvoll. Zudem fordern die Fachleute Aid for Trade und andere Formen der Unterstützung von Niedrigeinkommensländern.

Die Experten regen an, die G20 solle die führende Rolle der WTO für digitale

Handelsthemen bestätigen. Die WTO solle eine Fachstelle für Kooperation und Koordination internationaler Akteure schaffen. Grundsätzlich betonen die Autoren, dass alle Parteien erfahrene Fachleute für diese Themen bereitstellen müssen.

Der Expertenbericht beschäftigt sich auch explizit mit dem Thema Steuern. Die internationale Gemeinschaft müsse eine Kohärenz der Steuersysteme herstellen. Erschwert wird dies dadurch, dass es noch keinen Konsens darüber gibt, wie die Digitalisierung angegangen werden soll. Deshalb sollten die G20 der Studie zufolge auch ein „Intergovernmental Panel on Taxation in the Digital Economy“ gründen. Es könne

dann die Spitzenpolitiker der G20 beraten und wissenschaftliche Berichte zum Thema erstellen.

LINK

Meléndez-Ortiz, R., et al., 2018: **New industrial revolution: upgrading trade and investment frameworks for digitalisation.**

<https://t20argentina.org/wp-content/uploads/2018/08/rDigital-Policy-Brief-for-distribution-at-event.pdf>



SABINE BALK
ist Redakteurin von E+Z
Entwicklung und
Zusammenarbeit /
D+C Development and

Cooperation.

euz.editor@fazit-communication.de

#AlforAll

Indien könnte vormachen, was „menschenswürdige Digitalisierung“ in Schwellenländern bedeutet: die Weiterentwicklung von High-tech-Branchen, ohne dass Automatisierung Millionen ungelerner Arbeiter den Job kostet.

Von Patrick Rütter, Vikrom Mathur und Urvashi Aneja

Wie die digitale Zukunft Indiens aussehen könnte, zeigt sich auf dem Parkplatz des Flughafens in Delhi. Dort öffnet sich die Schranke nach dem Scannen des Parkscheins. In den meisten Ländern würde der Fahrer das selbst tun. Hier reicht er das Ticket an jemanden weiter, der es für ihn erledigt. Datentechnik wird genutzt, doch eigentlich überflüssig gewordene Angestellte weiter beschäftigt. Normalerweise soll technischer Fortschritt die Produktivität steigern und aus Sicht von Unternehmen dazu dienen, Arbeiter zu ersetzen.

Hier wird das offenbar anders gesehen – und das ist durchaus stimmig. Rund eine Million Menschen drängen jeden Monat zusätzlich auf den indischen Arbeitsmarkt. Wenn Automatisierung Arbeitsplätze vernichtet, kann das Entwicklung langfristig behindern. Personal mit automatisierten Prozessen zu beschäftigen, dürfte den meisten Unternehmensberatern nicht einleuchten. Sozialpolitisch gesehen ist es aber sinnvoll.

Zentrales Thema in der Debatte um Digitalisierung in Indien ist, was künstliche Intelligenz (KI) für die Zukunft der Arbeit bedeutet. In Bezug auf Wachstum und Investitionen steht das Land gut da. Erwartet wird dieses Jahr eine Wachstumsrate von 7,4 Prozent – eine der besten weltweit. Im Doing-Business-Ranking der Weltbank von 2017 kletterte Indien um 30 Plätze nach oben auf Rang 100.

Auf den zweiten Blick werden aber Probleme deutlich. Das Wachstum beruht größtenteils auf Staatsausgaben, die fast 11 Prozent der Wirtschaftsleistung ausmachen, aber nicht auf privatem Konsum oder Investitionen. Es reicht auch nicht, um millionenfach neue Jobs zu schaffen. Tatsäch-

lich steigt die Arbeitslosenquote. Laut dem Centre for Monitoring Indian Economy sind 31 Millionen Inder arbeitslos, das entspricht einer Quote von sieben Prozent. Allerdings erfasst diese Statistik nicht die 270 Millionen Inder, die in Armut auf informelle Jobs angewiesen sind.

Zu bedenken ist auch, dass die Hälfte der indischen Bevölkerung von der Landwirtschaft abhängt. Umweltprobleme – nicht zuletzt der Klimawandel – beeinträchtigen sie stark. Gut gemachte Agrar-Digitalisierung könnte sich als nützlich erweisen (siehe Beitrag von Aditi Roy Ghatak, S. 20). Dass die arme Landbevölkerung oft

weder lesen noch schreiben kann, kann derartige Modernisierung jedoch behindern.

Ohne Zweifel sind die Zukunft von Arbeit und Beschäftigung eng miteinander verknüpft. Technik wird die Entwicklung entscheidend beeinflussen: positiv oder negativ. Beides ist möglich. Wie die Globalisierung bringen auch Digitalisierung und technischer Fortschritt Gewinner und Verlierer hervor. Das gilt in Indien wie anderswo. Aufgrund seiner enormen Größe könnte das Land zum zentralen Schauplatz für „menschenswürdige Digitalisierung“ in Schwellenländern werden. Zwei Herausforderungen sind zentral:

- Im globalen Wettlauf um technologische Vorreiterschaft kann Indien auf einen bereits existierenden, recht angesehenen IT-Sektor bauen. Dieser muss aber Innovationen schnell aufgreifen. Dafür sind gewaltige Investitionen in Forschung und



Nicht einmal die Jobs von IKT-Firmen sind sicher: Wipro-Zentrale in Bangalore 2016.

Entwicklung sowie in Ausbildung und Qualifizierung nötig.

- Es werden hochqualifizierte Jobs gebraucht, die einer jungen, ehrgeizigen Generation Beschäftigung und Einkommen sichern.

Prashant K. Nanda von der Wirtschafts-Website livemint.com schätzt, dass die Hälfte derer, die monatlich neu auf den Arbeitsmarkt drängen, keine Ausbildung hat. Fast 400 Millionen Menschen sind ungelern, schrieb Dilip Chenoy in der *Hindustan Times*.

Indiens Industrial Training Institutes hatten lange einen guten Ruf, doch sie haben mit technischen Innovationen nicht mithalten. Neue Ausbildungszentren schießen wie Pilze aus dem Boden. Leider scheinen die meisten darauf aus zu sein, staatliche Zuschüsse abzugreifen und Gewinne zu maximieren. Die wenigsten vermitteln zeitgemäße Berufsqualifikationen. Was heute versäumt wird, kann später nicht nachgeholt werden. Allerdings weiß niemand genau – weder in Indien noch in Europa oder anderswo –, welche Fertigkeiten die Arbeitsmärkte der Zukunft erfordern.

Wie groß der Einfluss digitaler Technologien sein wird, ist branchenabhängig. Auf einer Veranstaltung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) im Ballungsraum Delhi waren sich führende Wirtschaftsexperten einig, dass Digitalisierung kaum Auswirkungen auf Bau, häusliche Arbeit, Pflege und Betreuung sowie das Hotel- und Gastgewerbe haben dürfte. Stellenabbau wird vor allem Arbeiter mit gewissen, aber nicht anspruchsvollen Qualifikationen treffen. Fließband- und Routinearbeit wird tendenziell zuerst von Robotern übernommen. Das ist bekannt – und die Folge ist, dass Wachstum heute oft keine Arbeitsplätze schafft.

MUMBAI SCHLÄGT HAMBURG

Technische Innovationen sind in der Logistik höchst relevant. Wer mit Gewerkschaftern der Branche spricht, bekommt einen Eindruck von den enormen Herausforderungen, vor denen sie stehen. Der Jawaharlal Nehru Port in Mumbai ist der größte Containerhafen Indiens und gehört zu den Top 25 weltweit. Hier werden jährlich 10 Millionen Container verladen. Der Hafen hat nur 1700 festangestellte Mitarbeiter und ist einer der am stärksten digitalisierten Häfen



der Welt. Das zeigen die Vergleichszahlen des Hamburger Hafens: sein Umschlag ist 8,8 Millionen Container im Jahr mit 1800 Beschäftigten. Früher waren die Docks beider Häfen voller Arbeiter; heute scheinen sie menschenleer zu sein. Digitales Hafenmanagement ist gut fürs Geschäft, aber schlecht für die Beschäftigung.

Indien ist bekannt für seine Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT). Einschlägige Firmen machen seit zwei Jahrzehnten internationale Schlagzeilen. Doch auch ihre Arbeitsplätze sind nicht sicher. Im vergangenen Jahr haben sie drastisch Stellen abgebaut. Infosys, Wipro, Tech Mahindra und HCL entließen mehr als 50 000 Leute. Ihre Wettbewerbsfähigkeit hatte wegen fehlender Investitionen und Innovationen gelitten.

Weil dieser Wirtschaftszweig als besonders zukunftssträftig gilt, seine Beschäftigten zur Mittelschicht gehören und häufig weiblich sind, sind Arbeitsplatzverluste hier auch besonders schmerzhaft. Der Einsatz von KI kann den Trend sogar noch verstärken, denn moderne Computerprogramme könnten schon bald Callcenter-Arbeit oder vergleichsweise einfache Programmieraufgaben übernehmen.

Die Regierung ist sich der Herausforderungen bewusst. Kürzlich veröffentlichte die National Institution for Transforming India (NITI Aayog) ein Strategiepapier („National Strategy for Artificial Intelligence #AIforAll“). Es liest sich wie ein neues Entwicklungsparadigma. Die Regierung möchte Digitalisierung voranbringen und gleichzeitig soziale Erneuerung fördern. „Die Chancen der Digitalisierung nutzen“ ist das Gebot der Stunde. Die Strategie überzeugt aber kaum, denn es mangelt an ausreichenden Daten über die faktische Entwicklung.

Tandem Research und FES haben daher eine Reihe von Fachgesprächen mit di-

versen Interessenvertretern aus Regierung, Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft einberufen. Es geht darum, die Bedeutung von Narrativen, Rahmenbedingungen und Akteuren zu prüfen und zu erörtern, wie KI in Indien gestaltet werden sollte.

Der Prozess birgt Chancen und Risiken. KI-basierte Techniken können das Gesundheits- und Bildungswesen verbessern und beide für breite Bevölkerungsschichten zugänglich und erschwinglich machen. Ungesteuerte KI hingegen wäre problematisch – unter anderem in Hinsicht auf den Verlust von Arbeitsplätzen, mangelnden Datenschutz sowie die Transparenz und Verantwortlichkeiten für Entscheidungsfindungen auf Basis von Algorithmen. Die Früchte des Fortschritts müssen aber fair verteilt werden. Nur eine breite gesellschaftliche Debatte kann sicherstellen, dass der Anspruch #AIforALL keine leere Rhetorik bleibt.

Neue Technik muss so entwickelt und eingesetzt werden, dass langfristig Arbeit und Chancen auch für diejenigen entstehen, die bisher nicht profitieren. Entwicklungsdefizite in der medizinischen Versorgung, der Bildung und dem Umweltschutz müssen behoben werden. Vorläufig kann es deshalb richtig sein, wie auf dem Parkplatz in Delhi modernste Automationstechnik zu nutzen, sie aber von ungelerten Arbeitern bedienen zu lassen.



PATRICK RÜTHER

leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Indien.
patrick.ruether@fes-india.org
www.fes-india.org



VIKROM MATHUR

ist Mitgründer und Geschäftsführungsmitglied von Tandem Research, einer Beratungsfirma in Goa, die sich auf Technologie, Gesellschaft und Nachhaltigkeit spezialisiert.
hello@tandemresearch.org
www.tandemresearch.org



URVASHI ANEJA

ist ebenfalls Mitgründerin und Geschäftsführungsmitglied von Tandem Research.
hello@tandemresearch.org
www.tandemresearch.org

Ethische Fragen und digitale Wucht

Digitale Systeme verändern das gesellschaftliche Leben. Alles ist betroffen – von Moralvorstellungen bis zur Industrieproduktion, von Cybersicherheit bis zur Landwirtschaft. Indien muss mehr tun, als darüber zu reden: Es muss sich auf Wandel einstellen.

Von Aditi Roy Ghatak

Indien erlebt einen staatlich geförderten Digitalisierungsschub. Ob es den Bürgern recht ist oder nicht, Technik wird das Leben in Zukunft in Ausmaßen prägen, die sie sich noch gar nicht vorstellen können. Die großen vier Themen sind Beschäftigung, Unternehmertum, volkswirtschaftliche Entwicklung und Ethik.

- Maschinen erledigen in wachsendem Maße standardisierbare IT-Arbeiten. Deshalb ist Indiens Stellung als internationales Zentrum des IT-Outsourcings in Gefahr. Weltklasse-Unternehmen wie Infosys, Wipro oder Tata Consulting rechnen mit hartem Wettbewerb. Sie müssen Künstliche Intelligenz (KI) und andere Trends nutzen, sonst erodiert ihr Vorteil des kostengünstigen IT-Personals mit grundlegenden Kenntnissen, aber nicht unbedingt hochspezialisierten Fähigkeiten.

- Vorteilhaft ist, dass die neue Technik neue Chancen schafft. Die Beratungsfirma Accenture rechnet mit 5200 neuen Start-up-Firmen für viele unterschiedliche Branchen. Das Umfeld ist für Start-ups in Indien besonders günstig, und die neuen Unternehmen dürften Innovationen bringen, die sich auf das Leben von 1,2 Milliarden Indern auswirken dürften und es vielleicht sogar komplett verändern. KI ist zum Beispiel in der Landwirtschaft, von der rund die Hälfte der indischen Bevölkerung abhängt, vielversprechend (siehe Box, S. 31).

- Die Schattenseite ist aber, dass ein Großteil der indischen Wirtschaft abgehängt werden könnte. Viele Firmen können sich moderne Technik schlicht nicht leisten. Massenhaft kämpfen Menschen im informellen Sektor und landwirtschaftlichen

Kleinbetrieben um ihre bloße Existenz. Dass immer mehr Menschen immer weiter hinterherhinken könnten, beunruhigt (siehe hierzu meinen Beitrag in E+Z/D+C e-Paper 2017/10, S. 35). Obendrein hat Indien auch nicht die Infrastruktur, mit der digitale Technik sich überall optimal nutzen ließe.

- Andere Risiken scheinen noch unheimlicher. KI kann den Alltag auf erschreckende Weisen durchdringen. Es ist ab-

Paul S. Triolo von dem Beratungsunternehmen Eurasia Group erwartet von Indien wichtige ethische Impulse. Er betont Indiens „demokratische Traditionen“ und das „Gespür für Vielfalt“. Auch andere Faktoren könnten dazu beitragen, „ethische KI-Algorithmen zu entwickeln und dafür zu sorgen, dass KI breiten Bevölkerungsschichten nutzt“.

Das wäre in der Tat wünschenswert. Technologie könnte laut Fachleuten dafür genutzt werden, die soziale Schichtung durchlässiger zu machen. Sie warnen aber auch, dass gesellschaftliche Vorurteile in KI-Programme eingebaut werden könnten, wenn diese menschliches Verhalten replizieren. Bekanntlich benachteiligen viele Institutionen in Indien Angehörige von Minderheiten und niedrigen Kasten.



Das Fundament für schnelle Ausbreitung von IT-Systemen besteht: Taxifahrer checkt mit Smartphone Adresse in Kolkata.

sehbar, dass private Daten weit verbreitet werden. Machtmissbrauch ist wahrscheinlich – und soziale Gräben dürften weiter werden. Ob Indien eine Führungsrolle übernehmen kann, um derlei einzugrenzen, ist offen. Angesichts grenzüberschreitender Folgen ist Führung auf nationaler und internationaler Ebene nötig.

Erschwerend kommt hinzu, dass die wichtigsten Datensätze einer kleinen Zahl großer Privatunternehmen gehören, von denen einige multinational agieren. Diese Konzerne verstehen auch am meisten von Datenverarbeitung. Ihr Wissen bringt ihnen erhebliche Wettbewerbsvorteile, wenn Außenstehende nicht auch Zugang

bekommen. Kluge Regulierung ist also nötig.

Irritierenderweise gibt es aber keine Anzeichen dafür, dass wirklich irgendjemand dafür sorgt, dass moderne IT in Indien für sozialen Zusammenhalt genutzt wird und allen Menschen neue Chancen eröffnet. Für die Regierung von Narendra Modi ist der technische Vorsprung ausgewählter Unternehmen das wichtigste Motiv. Leider feiert sie auch nicht die Vielfalt des Landes. Ihr Hindu-Chauvinismus entspricht vor allem den Interessen der oberen Kasten.

Es gibt zu oft Angriffe auf Minderheiten – besonders, aber nicht nur, auf Muslime. Unter Druck stehen auch zivilgesellschaftliche Akteure und Journalisten, welche die Regierung zu kritisieren wagen (siehe Arfa Khanum Sherwani in E+Z/D+C e-Paper 2018/05, S. 36). Im August wurden in einer schockierenden, landesweiten Aktion fünf Bürgerrechtsaktivisten festgenommen: Arun Ferreira, Gautam Navlakha, Vernon Gonsalves, Sudha Bharadwaj und Varavara Rao.

Ökonomisch deuten die Zeichen derweil weniger auf soziale Inklusion als auf einen Kampf um monopolistische Dominanz hin. Führende Unternehmen nutzen politische Netzwerke, um Konkurrenten wegzudrängen. Manager konzentrieren sich nicht auf die Lösung alter sozialer Probleme, sondern versuchen sich kurzfristigen Vorteil, langfristige Profite und andauernden Einfluss zu sichern. Der Premier nutzt seine Verbindungen weltweit, um sie zu fördern.

Im Inland läuft derweil das Programm „Digital India“, um die IT-Wirtschaft voranzubringen. Das Budget dafür wurde im lau-

fenden Haushaltsjahr auf den Gegenwert von 480 Millionen Dollar verdoppelt. Investitionen sind auf verschiedenen Feldern geplant – Forschung, Bildung, Training, digitale Produktion, Roboter, Big Data und so weiter. Die Erfahrungen mit früheren staatlichen Programmen nähren indessen Zweifel daran, was wohl die Resultate sein werden.

Die IT-Debatte kreist oft um das Thema Beschäftigung. Die Angst, Maschinen könnten Menschen arbeitslos machen, ist auch berechtigt. Allerdings könnte Indien sogar netto Jobs hinzugewinnen. Die Beratungsfirma Gartner schätzt, dass KI in Indien bis 2020 rund 2,3 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen und zugleich 1,8 Millionen vernichten dürfte. Bis 2025 könnte die Zahl der neuen Stellen sogar auf 3 Millionen steigen. Derzeit seien etwa 4000 IT-Stellen unbesetzt.

Solche Zahlen mögen groß erscheinen, angesichts des Bedarfs sind sie aber klein. Rund 12 Millionen junge Menschen drängen jährlich neu auf den indischen Arbeitsmarkt (siehe vorherigen Beitrag).

Welche Gefahr geht also von KI aus? Laut aktuellem India Skills Report des UN Entwicklungsprogrammes (UN Development Programme – UNDP) kann rund die Hälfte der Wirtschaftstätigkeiten in Indien in gewissem Umfang automatisiert werden – aber nur fünf Prozent komplett. Viele Arbeitsplätze dürften sich also voraussichtlich ändern, aber die Beschäftigung ist bisher nicht grundsätzlich bedroht. Zudem könnte KI die Effizienz beim Einsatz von Rohstoffen, menschlicher Arbeit und Kapital erhöhen. Indische Banken leiden unter Betrug und Veruntreuung, sodass KI ein wertvoller Schleusenwärter werden könnte.

Hoffentlich hilft KI auch bei Engpässen im Gesundheits- und Bildungswesen. Indien hat nicht genug Ärzte, Pflegekräfte und Lehrer. Offiziellen Statistiken zufolge fehlen in staatlichen Grund- und Sekundarschulen 200 000 Lehrer. Der tatsächliche Bedarf ist sicherlich größer, denn viele Lehrer sind nicht richtig ausgebildet. Mehrere Millionen kompetenter Pädagogen wären nötig. Nur ein Drittel der indischen Jugendlichen besucht eine Sekundarschule, und das hat offensichtlich mit der Qualität des Unterrichts zu tun.

Eine Folge ist derweil, dass zwei Drittel der jungen Generation höchstwahrscheinlich nie für eine IT-Tätigkeit in Frage kommen werden. Intelligente IT-Programme, die Schülern beim Lernen helfen, könnten die Not mildern. IT-gestützte Maschinen könnten auch zu Assistenten für Ärzte werden oder Krankenschwestern das Heben der Patienten abnehmen.

Früher waren viele Inder technikavers, aber das ändert sich. Mobiltelefone sind heute auch in entlegenen Dörfern normal. Das Fundament, auf dem digitale Systeme schnell Verbreitung finden können, ist gelegt. Indiens Erfolg wird langfristig nicht davon abhängen, ob eine Handvoll Investoren Milliardenreichtum erlangt. Wichtig ist, dass für 1,2 Milliarden Inder das Leben besser wird.



ADITI ROY GHATAK
ist freie Wirtschaftsjournalistin
und lebt in Kolkata.

aroyghatak1956@gmail.com

Digitalisierte Bauernhöfe

Künstliche Intelligenz (KI) könnte modernen indischen Bauernhöfen helfen, Wetterdaten zu interpretieren, Schädlinge zu erkennen und Anbaumethoden zu optimieren. Effizientere, automatisierte Lieferketten im Handel könnten zudem Verschwendung reduzieren.

Cropin Technology Solutions ist eine Firma aus Bangalore mit dem Anspruch, die Gewinne von Agrarbetrieben zu steigern. Cropin verfügt über Datensätze über den Anbau von mehr als 3500 Sorten auf über 1,4 Millionen Hektar. Damit lassen sich Anbaumethoden evidenzbasiert verbessern. Das

Unternehmen berät bei Entscheidungen über Saat, Ernte und den Einsatz von Pestiziden. Es unterstützt auch finanzwirtschaftliche Unternehmen, die Bauern mit Krediten oder Ernteversicherungen versorgen.

Die Cropin-Website verspricht: „Wir liefern Instrumente für die Entscheidungsfindung, die der Landwirtschaft zu stimmigen Konzepten, Zuverlässigkeit und Nachhaltigkeit verhelfen.“

Cropins Anspruch ist global. Versionen der Website gibt es auf Englisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch, Thai und Türkisch, aber nicht auf indischen Sprachen. Das wirft die Frage auf: Gehören arme Kleinbauern überhaupt zur Zielgruppe? (arg)

LINK

<http://www.cropin.com/>



Unternehmen wie dieser niederländische Gemüseproduzent in Tunesien fehlen in der MENA-Region.

Bündel an Maßnahmen nötig

Fehlende Jobs und mangelnde soziale Perspektiven junger Menschen im Nahen Osten und Nordafrika (MENA) unterminieren die politische Stabilität dieser ohnehin zerrütteten Region. Mit dem Ausbau des Bildungsangebots und Arbeitsmarktprogrammen allein lässt sich das Problem nicht lösen. Es braucht auch ein breitenwirksames Wirtschaftswachstum. Um neue Arbeitsplätze nicht nur zu schaffen, sondern auch für die Zukunft zu sichern, dürfen Unternehmen und staatliche Verwaltung den Anschluss an den digitalen Wandel nicht verpassen.

Von Nassir Djafari

Die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas verschwenden ihre wichtigste Ressource – die Jugend. Bei einer aktuellen Befragung junger Menschen zwischen 16 und 30 Jahren in acht Ländern der Region gaben 43 Prozent an, nicht zu arbeiten oder sogar noch nie gearbeitet zu haben und auch keine Schule oder Universität zu besuchen. Nur jeder Fünfte ging einer bezahlten Tätigkeit nach (Gertel und Hexel, 2017). Der Anteil der Nichtbeschäftigten ist unter den jungen Frauen besonders hoch. Nirgendwo

auf der Welt partizipieren weibliche Arbeitskräfte so wenig am Arbeitsmarkt wie im Nahen Osten und in Nordafrika.

Früher diente der Staat als Überlaufbecken für die große Masse junger Menschen, die alljährlich auf den Arbeitsmarkt strömen. Diese Rolle kann er angesichts von Steuerausfällen und begonnener Struktur-reformen immer weniger wahrnehmen. Des Weiteren erfüllen die Bildungsinhalte nicht die Qualitätsanforderungen der Wirtschaft, vor allem des Privatsektors. So ist es nicht verwunderlich, dass Unternehmen bei der Einstellung von Arbeitskräften einen höheren Wert auf Berufserfahrung als auf formale Abschlüsse legen.

Um jungen Arbeitslosen überhaupt die Chance auf einen Job zu eröffnen, vermitteln staatliche Arbeitsmarktprogramme zum Beispiel in Tunesien Praktika in Unternehmen. Die Teilnehmer besuchen parallel Ausbildungskurse und erhalten staatliche Zuzahlungen zur Aufstockung ihres Lohns. In der Regel dauern die Praktika zwölf Monate. Arbeitgeber sollen durch einen Mix aus finanziellen Anreizen und Sanktionen motiviert werden, die jungen Leute dauerhaft anzustellen. Tatsächlich haben die Pro-

gramme aber wenig an der Jugendarbeitslosigkeit geändert. Die Arbeitgeber nehmen diese subventionierten Praktikanten gern auf, schaffen aber nicht unbedingt mehr Arbeitsplätze.

Kritisch zu sehen ist auch, wer einen Praktikumsplatz bekommt. Junge arbeitslose Akademiker beziehungsweise Absolventen höherer Bildungseinrichtungen genießen Priorität, während die Mehrheit der Jugendlichen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen vernachlässigt wird. Positiv ist hingegen, dass sich die Maßnahmen in gleicher Weise an junge Frauen und Männer richten. Ähnliche Arbeitsmarktprogramme wie in Tunesien werden auch in anderen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas durchgeführt. Abgesehen von konzeptionellen Mängeln bleibt die Wirkung dieser Maßnahmenpakete von vornherein begrenzt, weil die beteiligten Unternehmen nicht stark genug wachsen, um den Praktikanten eine dauerhafte Perspektive bieten zu können.

EXISTENZGRÜNDUNG UND FÖRDERUNG VON KLEINUNTERNEHMEN

Erfolgversprechender als die bisherigen Arbeitsmarktprogramme erscheinen staatliche Initiativen, die junge Arbeitslose dabei unterstützen, sich selbstständig zu machen oder Kleinunternehmen zu gründen. In mehreren Ländern der Region

sind entsprechende Programme aufgelegt worden. Teilnehmer werden durch kostenlose Ausbildungskurse und begleitende Beratung auf ihre Geschäftstätigkeit vorbereitet. Die Übergangsfinanzierung wird durch Zuschüsse erleichtert. Daneben bieten verschiedene international geförderte Programme den kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen (KKMU) einen erleichterten Zugang zu Krediten an. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass rund 80 Prozent der Beschäftigten in KKMU tätig sind oder auf eigene Rechnung arbeiten.

Fehlende Finanzierung ist in vielen Fällen ein wesentlicher Engpass für das Fortkommen der Miniunternehmen. Ein weiteres Hindernis stellen der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften sowie fehlende Managementfähigkeiten dar. Dies gilt insbesondere für Start-ups, die in mehreren Ländern der Region vom Staat besonders gefördert werden. Vor allem Kenntnisse im Verkauf, der Geschäftsfeldentwicklung und Unternehmensführung sind gering. Insofern versprechen KKMU-Förderprogramme, die einen besseren Kreditzugang mit Aus- und Fortbildungsmaßnahmen kombinieren, grundsätzlich mehr Erfolg.

Kleine und mittlere Unternehmen schöpfen ihr wirtschaftliches Potential auch deshalb nicht aus, weil sie das Internet kaum nutzen. So sind beispielsweise in Ägypten nur 7 Prozent der KKMU online. Eine stärkere digitale Vernetzung der Unternehmen würde sowohl die Exporte begünstigen als auch zu mehr Beschäftigung führen. Untersuchungen in der Türkei haben ergeben, dass internetaffine KKMU pro Jahr siebenmal so schnell wachsen wie ihre konservativen Wettbewerber. Förderprogramme für junge Unternehmen sollten daher verstärkt auch digitale Kompetenzen vermitteln und die Finanzierung von Investitionen in die Informationstechnologie erleichtern.

Allerdings können Bildungsreformen, Arbeitsmarktprogramme und KKMU-Förderung allein nicht signifikant zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit beitragen, wenn es nicht gelingt, auch die strukturellen Entwicklungshemmnisse zu beseitigen. Aufgrund des geringen Wirtschaftswachstums in den meisten Ländern der Region entstehen neue Arbeitsplätze nicht in dem Maße, wie es aufgrund des Bevölkerungswachstums notwendig wäre. Dies liegt, abgesehen

von der politischen Instabilität dieser Länder, vor allem auch an der geringen internationalen Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften.

So haben innerhalb eines Untersuchungszeitraums von 35 Jahren Unternehmen in Tunesien oder Ägypten ihre Produktivität kaum gesteigert, während Firmen in Indien, Mexiko oder der Türkei in der gleichen Zeit ihre Produktivität verdoppelt oder verdreifacht haben. Dies liegt unter anderem auch daran, dass die digitale Wirtschaft im Vergleich zu anderen Schwellenländern noch wenig entwickelt ist. Fachkräfte der Informationstechnologie sind knapp, und die digitale Infrastruktur weist noch große Mängel auf.

Die wirtschaftliche Dynamik des Privatsektors wird auch durch die Behinderung des freien Wettbewerbs gebremst. Einige wenige Unternehmen verfügen aufgrund ihrer guten Beziehungen zu staatlichen Entscheidungsträgern über erhebliche Privilegien. Diese politisch verbundenen Unternehmen haben einen leichteren Zugang etwa zu subventioniertem Grundstückskauf, zu Bankkrediten oder zu Investitionen in Wirtschaftssektoren, die vor ausländischer Konkurrenz geschützt sind. Hinzu kommt die gewöhnliche Korruption, die vor allem für die kleinen und mittleren Unternehmen einen erheblichen Kostenfaktor darstellt.

Ein weiteres Entwicklungshemmnis ist die geringe Diversifizierung der Wirtschaft. Abgesehen von den ölreichen Golfmonarchien, arbeitet durchschnittlich jeder dritte Erwerbstätige in der Landwirtschaft, die indessen nur 12 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beiträgt. Der Anteil des Industriesektors am Bruttoinlandsprodukt der Länder im Nahen Osten und Nordafrika ist mit durchschnittlich nur rund 10 Prozent des BIP ebenfalls gering und stagniert seit Jahren oder ist gar rückläufig. Dies liegt zum einen an dem gescheiterten Modell der in den 1960er Jahren begonnenen staatlich gelenkten Industrialisierung und zum anderen an den Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union, durch die vor allem in arbeitsintensiven Branchen zahlreiche Arbeitsplätze vernichtet wurden (siehe meinen Beitrag in E+Z/D+C e-Paper 2018/05, S. 11). Das Gros der Beschäftigten verdient sein Geld im Dienstleistungssektor, wo aber weniger Arbeitskräfte benötigt werden. Dabei handelt es sich größtenteils um Jobs mit

geringer Wertschöpfung, oft im informellen Sektor.

FAZIT

Ohne breitenwirksames Wirtschaftswachstum kann die Jugendarbeitslosigkeit nicht nachhaltig gemindert werden. Insofern ist die Förderung beschäftigungsintensiver Sektoren wie KKMU unverzichtbar. Allerdings genügt es nicht, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, sondern es müssen auch qualitativ bessere sein, da sonst ein sich selbst tragender Wirtschaftsprozess nicht in Gang kommt. Es ist frappierend, dass die Region großteils unvorbereitet für den Einsatz digitaler Techniken ist. Damit droht die Region im internationalen Wettbewerb weiter zurückzufallen, mit der Folge einer Verschärfung der Arbeitslosigkeit.

Insofern ist eine stärkere praxisorientierte Ausrichtung des Bildungssystems an den Erfordernissen der Wirtschaft vor allem des Privatsektors unerlässlich. Notwendig ist vor allem die Schaffung einer mittleren technischen Qualifikationsebene. Dazu braucht es auch Ausbildungsgänge, in denen digitale Kompetenz und Informations- und Kommunikationstechniken erlernt werden. Dies setzt ein Umdenken auch der jungen Menschen voraus, damit nichtakademische Bildungsgänge ihr Stigma verlieren.

Die bereits begonnene Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt schließlich ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern unverzichtbar, wenn das wirtschaftliche Potenzial der Länder der Region ausgeschöpft werden soll.

Bildungsoffensiven und Arbeitsmarktprogramme können indessen nur begrenzte Wirkung entfalten, wenn sie nicht von strukturellen Reformen begleitet werden, um die Entwicklung des Privatsektors und des Wettbewerbs ebenso wie die Diversifizierung der Wirtschaft zu ermöglichen.

LITERATUR

Gertel, J., und Hexel, R., 2017: **Zwischen Ungewissheit und Zuversicht – Jugend im Nahen Osten und in Nordafrika**. Bonn: Dietz Verlag.



NASSIR DJAFARI
ist Ökonom und freier Autor.

nassir.djafari@gmx.de

Schlechte Qualität, nicht passende Inhalte

Die heutige Jugend in der MENA-Region ist besser ausgebildet als ihre Elterngeneration. Doch höhere Bildungsabschlüsse bedeuten noch lange nicht bessere Jobs, oft führt der Weg von der Universität direkt in die Arbeitslosigkeit. Sie sind nicht für die Bedürfnisse des heutigen Arbeitsmarkts vorbereitet – und noch weniger für künftige Anforderungen.

Die MENA-Region weist weltweit die höchste Arbeitslosenquote unter Hochschulabsolventen auf. So waren zum Beispiel 2016 in Ägypten rund 42 Prozent der Universitätsabgänger arbeitslos. Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt klaffen weit auseinander. Studierende wählen ihren Ausbildungsgang nach dem damit verbundenen Prestige und nicht nach den Aussichten auf einen Arbeitsplatz.

So verlässt Jahr für Jahr ein Heer von Geistes- und Sozialwissenschaftlern die Universitäten ohne die geringste Chance, eingestellt zu werden. Der Anteil der Studierenden, die sich für naturwissenschaftliche und technische Disziplinen entscheiden, ist deutlich geringer. Die Studienabgänger – egal, ob in Sozial- oder Naturwissenschaften – haben in der Regel nicht die Kenntnisse erworben, die die heutige Wirtschaft benötigt. Sie kennen sich weder mit Computern aus, noch haben sie die Fähigkeit erworben, Probleme eigenständig und kreativ zu lösen. Sie haben nur gelernt, wie man die richtigen Antworten auf vordefinierte Fragen gibt. Unabhängig

von gigiges Denken und der Wille, sich um schwierige Probleme der realen Welt zu kümmern, würden Studierenden helfen, sich für die freie Wirtschaft zu qualifizieren. Diese Bestrebungen werden allerdings in den Elfenbeintürmen der Universitäten verhindert.

Vor allem gewerbliche Fachkräfte sind knapp und

fern war und der Privatsektor zu wenig einbezogen wurde. Die Unternehmen selbst halten sich zurück. Der Anteil der Firmen, die eine formale Ausbildung anbieten, ist nirgendwo so niedrig wie in der MENA-Region.

Hinzu kommt, dass die Unterrichtsqualität auf allen Bildungsstufen im Allgemeinen gering ist. Nahezu alle MENA-Länder weisen internationalen Vergleichsstudien zufolge unterdurchschnittliche Ergebnisse auf. Bildungs- und berufliche Ausbildungssysteme

Um aus dieser Wachstumsfalle herauszukommen, verfolgen nahezu alle Länder der Region Pläne zur Förderung digitaler Kompetenzen. Allerdings ist die Ausgangslage in den Ländern höchst unterschiedlich. Die ölreichen Golfmonarchien weisen deutliche Fortschritte im Ausbau der Breitbandinfrastruktur auf und die große Mehrheit der Bevölkerung nutzt das Internet. Ihr Ziel ist es, globale High-Tech-Zentren zu werden. Dafür investieren sie in großem Umfang in die Modernisierung



Junge Frauen in Ägypten bei einem Nähkurs in einem Jugendzentrum: Der Jugend in der MENA-Region fehlt es an der richtigen Schul- und Ausbildung.

Berufsbildungsangebote begrenzt. Die meisten Länder der Region bemühten zwar sich in den vergangenen Jahren verstärkt um den Ausbau der beruflichen Qualifikation, in vielen Fällen jedoch mit geringem Erfolg, wie einige länderbezogene Evaluierungen zeigen. So konnte beispielsweise Jordanien die selbst gesetzten Ziele nicht erreichen, unter anderem weil die Ausbildung zu praxis-

teme sind nach wie vor auf den öffentlichen Dienst ausgerichtet, was zum einen mit der Historie der staatlich gelenkten Wirtschaftsentwicklung zusammenhängt. Zum anderen stellte lange Zeit der Staat einen großen Teil der Arbeitskräfte ein. Im Ergebnis führte dies zu geringer Produktivität und Effizienz sowohl der Wirtschaft als auch der öffentlichen Verwaltung.

ihrer beruflichen Ausbildung. Vorerst sind sie allerdings noch auf ausländische Expertise angewiesen. Die Länder Nordafrikas und der Levante hingegen sind bevölkerungsreicher und verfügen im Vergleich zu ihren reichen Nachbarn über geringere Ressourcen. Politische Instabilität und Governance-Probleme erschweren ihnen den Anschluss an den digitalen Strukturwandel. (nd)

Negative Auswirkungen

Regierungen von Entwicklungsländern sollten sich darauf einstellen, dass digitale Technologien ihre Arbeitsmärkte verändern. Neue Steuern einzuführen ist eine mögliche Reaktion darauf. In Uganda, wo die Nutzung sozialer Medien neuerdings besteuert wird, bleibt die erwünschte Wirkung jedoch aus. Anstatt dem Land zu Wohlstand zu verhelfen, schränkt diese Steuer den Nutzen des Internets ein und erstickt die öffentliche Debatte.

Von Edward Ronald Sekyewa

Seit Anfang Juli erhebt Uganda eine Steuer auf verschiedene Internetanwendungen. Für deren Nutzung muss man pro Tag umgerechnet 5 Cent bezahlen. Das scheint nicht viel zu sein, aber das durchschnittliche Monatseinkommen in Uganda beträgt nicht einmal 50 Euro. Wer nicht bezahlt, hat keinen Zugriff auf die Anwendungen –

gen der neuen Steuer nutzen die Menschen jetzt wieder SMS. Twitter gilt in Uganda als elitär, eine Plattform, die von den „Gebildeten“ und „Reichen“ genutzt wird. Twitter-Nutzer können sich diese Steuer eher leisten und beschwerten sich daher nicht. Facebook war jedoch sehr beliebt. Das Unternehmen geht nun rechtlich gegen die Regierung vor, weil sie Facebook-Mitglieder besteuert. Aber niemand weiß, wie das ausgeht.

Im Allgemeinen sind soziale Medien und Facebook in Afrika im Aufwind. Die Nutzerzahlen steigen jeden Monat. Experten schätzen, dass am Anfang dieses Jahres etwas mehr als ein Drittel aller Afrikaner soziale Medien nutzen. In Uganda hat die neue Steuer diesen Wachstumstrend abrupt unterbrochen. Die langfristigen Auswirkungen muss man noch abwarten. Die Steuer hat jedenfalls politische und ökonomische Auswirkungen.

die Meinungsfreiheit einzuschränken. Indem sie die Internetnutzung erschwert, bringt die Regierung Andersdenkende zum Schweigen, denn sowohl Aktivisten wie auch Politiker benötigen soziale Medien, um Menschen zu mobilisieren.

Die Wirtschaft wird ebenfalls negativ beeinträchtigt. Unternehmen des Privatsektors werden darunter leiden, weil viele Kunden in Uganda Social-Media-Webseiten nicht mehr besuchen werden. Selbst informelle Unternehmen nutzen oft Facebook, um Kunden zu werben und ihre Produkte oder Dienstleistungen anzupreisen.

Die Social-Media-Steuer wird dies stark einschränken, warnt Nunu Ntshingila, Facebooks Regional-Direktorin für Afrika. Sie sagt: „Seit wir 2015 eine direkte Präsenz in Subsahara-Afrika aufgebaut haben, ist Facebook stetig gewachsen.“ Sie berichtet, dass Facebook „eng“ mit verschiedenen Partnern kooperiere, so etwa Geschäftsleuten, Entwicklern und Kleinunternehmen. Für sie alle war Facebook eine Plattform für Wachstum. Ntshingila sagt: „Es ist inspirierend für uns, von dem Kontinent zu lernen und dabei zu helfen, Menschen und Organisationen mit der Welt zu verbinden.“

Die Steuer beeinträchtigt vor allem auch Online-Medienhäuser – sie nutzen in der Regel Social Media, um ihre Stories zu verbreiten. Hinzu kommt, dass sie auf Werbung angewiesen sind, um Einkünfte zu erzielen. Laut der Online Media Organisation of Uganda (OMA-U) betragen bezahlte Inhalte nur etwa zwei Prozent des Umsatzes von Online-Medien. „Das müssen wir uns genau anschauen“, sagt Giles Muhame von OMA-U. Der Verband hat begonnen, mit Facebook und Google darüber zu reden, wie Einnahmen aus dem Netz generiert werden können. Die neue Steuer wird es noch schwieriger machen, im Internet Geld zu verdienen.

Die Regierung ist jedoch auf den Geschmack gekommen. Obwohl viele Ugander seit dem 1. Juli 2018 ihre sozialen Medien nicht mehr nutzen, konnte sie schon in den ersten zwei Wochen über 5 Milliarden Shilling (umgerechnet 1,1 Millionen Euro) einnehmen.



Social-Media-Nutzer in Uganda.

außer, man findet Wege wie Virtual Private Networks (VPN), um das Finanzamt zu umgehen.

In Uganda hatte der kostenlose Kurznachrichtendienst WhatsApp die SMS (Short Messaging Services) praktisch ersetzt. We-

Journalisten und verschiedene Aktivisten haben in der Hauptstadt Kampala gegen die Steuer demonstriert und forderten von der Regierung, sie aufzuheben. Kritiker weisen darauf hin, dass diese Steuer in Wirklichkeit der Regierung dazu dient,



EDWARD RONALD SEKYEWA ist Direktor des Hub for Investigative Media (HIM). Er lebt in Kampala, Uganda. edwardronalds16@gmail.com

Roboter – die überschätzte Gefahr

Fehlende Arbeitsplätze und mangelnde Industrialisierung hemmen die Entwicklung vieler afrikanischer Staaten. Nun kommt eine weitere Bedrohung hinzu: die Automatisierung der Produktion. Bis Roboter billiger sind als Arbeitskräfte in Afrika, wird jedoch noch viel Zeit vergehen.

Von Nico Beckert

Alle Industrieländer haben günstige Arbeitskräfte genutzt, um Industrien aufzubauen und Massenware zu fertigen. Heute sind Arbeitskräfte in Afrika relativ günstig, was zu einem ähnlichen Industrialisierungsprozess führen könnte. Doch es besteht die Sorge, dass Industrieroboter diesen Entwicklungspfad verbauen könnten. Denn Roboter lassen sich vor allem für Routinearbeiten einsetzen – also Arbeit, wie sie in der arbeitsintensiven Massenproduktion anfällt.

Aktuell sind Roboter aber noch viel zu teuer, als dass sie zigtausende Arbeiter in den arbeitsintensiven Industrien ersetzen könnten, die gewöhnlich am Anfang der Industrialisierung stehen. Ihr Einsatz lohnt sich derzeit vor allem in technisch anspruchsvolleren Branchen wie der Automobil- oder Elektroindustrie.

SCHWIERIGES DIGITALES UMFELD

Selbst eine rapide Preissenkung würde kurzfristig nicht dazu führen, dass menschliche Arbeitsplätze von Robotern besetzt würden. Denn afrikanische Länder hinken bei der Verfügbarkeit schnellen Internets und anderer Informations- und Kommunikationstechnologien weit hinterher. Zudem fehlen gut ausgebildete IT-Fachkräfte. Weitere Probleme sind eine unzuverlässige Stromversorgung, hohe Energiekosten und hohe Finanzierungskosten für neue Technologien. All das macht es in vielen Ländern Afrikas schwierig und teuer, Roboter und andere digitale Technologien in Produktionsprozesse zu integrieren.

Dementsprechend stehen die Chancen für einen arbeitsplatzintensiven Industrialisierungsprozess noch immer gut. Es ist da-

von auszugehen, dass afrikanische Staaten nicht mehrere Technologiestufen überspringen, sondern das Unternehmensumfeld stetig verbessern. Zunächst muss die Basisinfrastruktur wie Stromversorgung, Straßen, Häfen, qualifizierte Arbeitskräfte und Finanzierung bereitgestellt werden, dann können Unternehmen auf dieser Grundlage arbeitsintensive Industrien aufbauen.

Sobald das digitale Umfeld gut genug ist, lohnt sich zwar der Einsatz von Robotern, die einige Arbeitsplätze vernichten

Industrieroboter erlauben es Ländern wie Deutschland, den USA, Japan oder China, noch wettbewerbsfähiger zu produzieren als ohnehin schon. Denn Roboter sind billiger als gut bezahlte Industriearbeiter in diesen Ländern.

INTERNATIONALE KONKURRENZ

Wirklich neu ist diese Entwicklung allerdings nicht. Technologisch fortgeschrittene und innovative Produzenten haben seit je andere Unternehmen vom Markt verdrängt und das Aufholen von weniger innovativen Ländern erschwert. Entscheidend ist die politische Reaktion. So hat China etwa technologisch anspruchsvolle Industrien wie die Auto- und Elektroproduktion durch po-



Roboter bauen Teile eines VWs in Deutschland zusammen.

werden. Aber gleichzeitig werden die Länder dann in der Lage sein, mithilfe neuer Technologien neue Produkte herzustellen und dadurch wieder Arbeitsplätze zu schaffen.

Gefahr droht aus anderer Richtung, nämlich durch internationale Konkurrenz.

litische Vorgaben geschützt. Ausländische Autobauer wurden zum Beispiel verpflichtet, Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischen Firmen zu gründen. Gleichzeitig holte China damit ausländische Technologien ins Land.

Laut der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development – UNCTAD) könnte die Automatisierung der Produktion durch Roboter und die damit einhergehende Kostenersparnis mittelfristig zu einer Rückverlagerung von Produktionsstätten aus Entwicklungs- und Schwellenländern in Industrieländer führen. Der Aufbau afrikanischer Industrien, die an globale Wertschöpfungsketten anknüpfen, würde damit erschwert.

Derzeit werden jedoch noch dreimal so viele Fabriken ins Ausland verlagert, wie zurück in die Industrieländer kommen. In einem Diskussionspapier des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) heißt es: „Nach Schätzungen der chinesischen Regierung werden 85 Millionen Arbeitsplätze aus chinesischen Niedriglohnindustrien abwandern. (...) auch Afrika könnte einen Teil der umgeleiteten Investitionen erhalten.“ Ob sich der Trend umkehren wird, bleibt abzuwarten. Eine Rückverlagerung lohnt sich vor allem dann, wenn die automatisierte Produktion in Industrieländern billiger wird als mit Arbeitern in afrikanischen Staaten.

Calestous Juma, 2017 verstorbener ehemaliger Professor an der Harvard Kennedy School der Harvard University, betonte, dass „Arbeitsplätze nicht durch eine einzelne neue Technologie geschaffen oder zerstört werden, sondern durch die Geschäftsmodelle, die sich um die neue Technologie herum entwickeln oder nicht entwickeln“. Wie schon bei vergangenen Automatisierungsprozessen haben es afrikanische Staaten aufgrund ihrer geringen Wettbewerbsfähigkeit und des digitalen Rückstands schwer, die Früchte dieser neuen Technologie zu ernten.

Afrika braucht handels- und industriepolitischen Spielraum, um Industrien aufbauen zu können. Zudem muss ein Umfeld aus digitaler Infrastruktur, gut ausgebildeten Arbeitskräften und kostengünstigen Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden, um digitale Technologien wie Roboter effizient in Produktionsprozesse zu integrieren. Die damit einhergehende Innovationsfähigkeit würde es ermöglichen, die negativen Folgen der Automatisierung aufzufangen und in positive Produktinnovationen und die

Schaffung von Arbeitsplätzen umzuwandeln.

LINKS

United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), 2017: Industrial robots and inclusive growth.
http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/presspb2017d9_en.pdf

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2017: Arbeitsplatzoffensive für Afrika.
https://www.die-gdi.de/uploads/media/DP_23.2017.pdf

Calestous Juma, 2017: Jobs and robots. Bracing for technological disruptions to come.
 In: *The Conversation*, 12.11.2017.
<https://theconversation.com/jobs-and-robots-bracing-for-technological-disruptions-to-come-87118>



NICO BECKERT
 ist freier Journalist und
 Fachpromotor für Rohstoffe
 und Rohstoffpolitik am Haus
 Wasserburg in Vallendar.

nico.beckert@gmx.net

Blog: www.zebralog.wordpress.com



Folgen Sie uns auf
Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



Digitaler Umbruch

Universelle Digitaltechnologien verändern die Art, wie wir Güter und Dienstleistungen produzieren und gestalten, wie wir sie handeln und konsumieren. Der globale Handel und seine Wertschöpfungsketten werden neu definiert, was sich auf die wirtschaftliche Zukunft der Entwicklungsländer auswirken dürfte.

Von Wilfried Lütkenhorst

Viele Jahre lang waren industrielle Produktion und auf Wettbewerb basierende Integration der Weltmärkte grundlegend. In den letzten Jahrzehnten stieg die globalisierte Wirtschaftstätigkeit an, was nach 2008 durch die globale Finanzkrise nur zeitweilig gebremst wurde. Momentan scheint der

Trend zur wettbewerbsfähigen globalen Integration sogar dem zunehmenden protektionistischen Druck standzuhalten.

Dennoch hat sich die relative Position der Länder verändert. Entwicklungs- und Schwellenländer haben ihren Anteil an weltweiter Produktion und am Export erhöht, wobei Chinas schneller und einzigartiger Aufstieg am herausragendsten war.

Läuft alles wie bisher, ist davon auszugehen, dass sich die Weltwirtschaft dauerhaft immer stärker vernetzen wird und internationale Wertschöpfungsketten wichtiger werden. Doch in den kommenden Jahren könnte sich einiges drastisch ändern. Während Tempo und Ausmaß des technologischen Wandels unklar bleiben, wird es neue internationale Spezialisierungen geben.

Technische Innovationen – von der Robotik über additive Fertigung bis zu Big Data und dem Internet der Dinge (OECD 2017) – werden sich deutlich auf die Industrialisierungsbemühungen der Entwicklungsländer auswirken. Manche Beobachter vermuten sogar, dass der konventionelle, auf Industrieproduktion basierende Weg zum Wohlstand ausgedient haben könnte (Hallward-Driemeier/Nayyar 2018).

Seit Jahrzehnten beobachten wir die sogenannte Dynamik der fliegenden Gänse. Industrialisierung beginnt meist mit niedrigen Löhnen. Die jeweiligen Länder werden wettbewerbsfähiger, bauen ihre Fertigkeiten aus und machen Platz für Neuankömmlinge. Neue Schwellenländer folgen dem gleichen Modell, wobei die Löhne entsprechend der zunehmenden Qualifikation steigen. Heute halten Beobachter die Folgen der neuen digitalen Technologien für so drastisch, dass sie meinen, die eine könnte der nächsten Gans nicht mehr folgen. Das würde bedeuten, dass industrielle Fertigung keine wirtschaftliche Entwicklung mehr garantieren könnte.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Grenzen zwischen Produktion und Dienstleistung verschwimmen und Dienstleistungen zunehmend Bestandteil von Industriegütern sind („embodied services“) oder im Paket („embedded services“) verkauft werden.

Bedeutet das, verspätete Industrialisierung bringt keine Entwicklung mehr? Dani Rodrik (2015) spricht von einem Trend hin zu „frühzeitiger Deindustrialisierung“. Entwicklungsländer würden zu Dienstleistungswirtschaften, ehe sie die Früchte der Industrialisierung ernten konnten. Digitale Technologien könnten diesen Trend weiter verstärken.

Oder es kommt ganz anders. Um das nüchtern einzuschätzen, gilt es, Folgendes zu bedenken:

- Bisher gibt es keine schlüssigen Belege für die Korrelation von Arbeitsplatzverlusten durch Digitalisierung und Pro-Kopf-Einkommen von Ländern. Somit ist unklar, wie stark einkommensschwache Länder betroffen sein werden.
- Es gibt mehr Belege für das, was technisch machbar ist, als für das, was wirtschaftlich lohnenswert ist. Es kann dauern, bis digitale Technik die arbeitsintensive Produktion in Entwicklungsländern beeinflusst. Auch wird das in den verschie-



Forscher arbeiten am ersten afrikanischen Elektroauto.

denen Bereichen unterschiedlich ablaufen. Digitale Automatisierung und Robotik verändern die Elektronik- und Automobilindustrie sehr viel rasanter als die Bekleidungs- und Schuhindustrie.

- Der angebliche Trend, dass die Industrieproduktion nach einer früheren Verlagerung in Niedriglohnländer nun in entwickelte Volkswirtschaften zurückverlagert wird (backshoring), ist mehr Hype als Realität. Die wenigen verfügbaren systematischen Studien (insbesondere De Backer et al. 2018) legen zwar nahe, dass durch Robotik Umfang und Tempo des Auslagerns in Entwicklungsländer reduziert werden, aber es gibt nur anekdotische Hinweise auf tatsächliche Rückverlagerung.

Digitalisierung geschieht nicht über Nacht. Ländern mit niedrigem Einkommen und gerade einsetzender Industrialisierung bleibt also noch Zeit. Deshalb bleibt auch der Aufbau von arbeitsintensiven, auf niedrigen Qualifikationen basierenden Industrien mittelfristig eine Option. Jüngste Studien ergaben sehr unterschiedliche Ergebnisse über Ausmaß und Beginn von technologiebedingtem Arbeitsplatzverlust. Doch sollte die Weltwirtschaft in 20 bis 30 Jahren voll digitalisiert sein. Wie schnell sich das durchsetzt, hängt von verschiedenen Faktoren ab wie Arbeitsmärkte (Lohn- und Qualifikationsniveau), Regulierung und gesellschaftlicher Akzeptanz.

Allerdings können neue Technologien auf Mikroebene schnellen und drastischen Wandel bringen. So hat Vietnams führender Keramik- und Porzellanhersteller die Anzahl seiner Arbeiter durch Automatisierung von 400 auf 20 reduziert – ohne Qualitätsverlust. Ebenfalls in Vietnam hat ein Lebensmittelproduzent die Eierverarbeitung mit Hilfe niederländischer Maschinen voll automatisiert. Solche Innovationen führen nicht nur ausländische Investoren ein, sondern auch lokale, für den heimischen Markt produzierende Unternehmen.

Wie ich in einer Studie für das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (Lütkenhorst 2018) argumentiere, sollten sich Entwicklungsländer jetzt auf die Folgen der Digitalisierung vorbereiten. Generell sollten sie eine vorausschauende Industriepolitik betreiben und potenzielle Wettbewerbsvorteile aktiv fördern (siehe auch E+Z/D+C e-Paper 2018/01, Seite 16). Verschiedene gesellschaftliche Interessensgruppen sollten eine gemeinsame Vision entwerfen.

Dazu gehören der Aufbau einer digitalen Infrastruktur und die Förderung digitaler Kompetenzen. Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen müssen digitale Plattformen für Kommunikation, Finanzen, Konsum und Produktion aufbauen. Das Internet sollte universell zugänglich und bezahlbar sein.

Berufsbildung und allgemeines Bildungssystem müssen dazu beitragen, dass relevante Fähigkeiten aufgebaut und vertieft werden, wie:

- Knowhow in Internet- und Kommunikationstechnik (IKT) wie das Programmieren oder der Umgang mit komplexen Datenbanken,
- ergänzende, für das Arbeiten in digitalen Umgebungen erforderliche IKT-Kenntnisse (wie Planung digitaler Arbeitsprozesse)
- sowie grundlegende Schreib- und Rechenkenntnisse und eine Reihe von Softskills.

Zu Letzteren zählen vor allem Kreativität, emotionale Intelligenz und soziale Kompetenz, also menschliche Fähigkeiten, die sich gegenüber digitaler Automatisierung als besonders widerstandsfähig erwiesen haben. Diese werden bei zunehmend komplexen und integralen Systemen von Produktion und Dienstleistungen immer wichtiger. Solche Fähigkeiten lassen sich unter anderem fördern, indem man:

- Schulinhalt auf die Anforderungen für Beruf und Ausbildung abstimmt,
- den Privatsektor in Bildungspartnerschaften einbezieht, die innovative Trainingsprogramme zum Ziel haben,
- Ausbildung und Praktika am Arbeitsplatz fördert und
- finanzielle Anreize für Ausbildungsanstrengungen schafft.

Vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) werden Unterstützung brauchen; ihnen fehlen oft die eigenen Ressourcen, um in erhöhte Qualifizierung zu investieren. Gleichzeitig entsprechen die bestehenden Ausbildungsprogramme oft nicht ihrem tatsächlichen Bedarf.

Es gibt positive Praxisbeispiele für subventionierte Ausbildungskonsortien in Südkorea oder Einrichtungen wie „Skillnets“ in Irland, das staatlich finanziert und von Unternehmen getragen wird. Die Entwicklungspolitik sollte sich dafür einsetzen, Erkenntnisse aus erfolgreichen digitalen Ausbildungsinitiativen zu verbreiten.

Zusätzlich können Entwicklungsländer von Beschäftigungsmöglichkeiten durch innovative, IT-gestützte Dienstleistungen profitieren, wie verschiedene IT-Service-Cluster in Kenia und Ruanda zeigen. Auch kann die Digitalisierung von Dienstleistungen, von Online-Kauftransaktionen bis Online-Banking, die Produktivität steigern.

Viele dieser Überlegungen bleiben notwendig spekulativ. An der Schwelle zu radikalen Veränderungen beginnen wir gerade erst, deren langfristige Folgen zu begreifen. Michael Spence, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, sagte vor einigen Jahren über die Digitalisierung: „Niemand weiß genau, wie das alles ausgeht.“ Das gilt noch immer.

QUELLEN

- De Backer, K. et al., 2018: *Industrial robotics and the global organisation of production*, Paris: OECD.
https://read.oecd-ilibrary.org/industry-and-services/industrial-robotics-and-the-global-organisation-of-production_dd98ff58-en#page1
- Hallward-Driemeier, M., Nayyar, G., 2018: *Trouble in the making?* Washington, DC: World Bank.
<https://www.worldbank.org/en/topic/competitiveness/publication/trouble-in-the-making-the-future-of-manufacturing-led-development>
- Lütkenhorst, W., 2018: *Creating wealth without labour?* Bonn: German Development Institute.
https://www.die-gdi.de/uploads/media/DP_11.2018.pdf
- OECD, 2017: *The next production revolution: Implications for governments and business*. Paris: OECD.
https://read.oecd-ilibrary.org/science-and-technology/the-next-production-revolution_9789264271036-en#page1
- Rodrik, D., 2015: *Premature deindustrialization*. Cambridge, Mass.: Harvard University.
https://drodrik.scholar.harvard.edu/files/dani-rodrik/files/premature_deindustrialization_revised2.pdf



WILFRIED LÜTKENHORST
 ist assoziierter
 Wissenschaftler am
 Deutschen Institut für
 Entwicklungspolitik (DIE).

Zuvor war er geschäftsführender Direktor bei der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO).
wluetkenhorst@aon.at

Besuchen Sie
unsere Website
unter www.EundZ.eu



www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

Startseite Newsletter E+Z abonnieren Über uns Impressum English

DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

INFORMATIONSTECHNIK

Ethische Fragen und digitale Wucht



Aktuelles e-Paper



26.05.2016 – von Friederike Stuer
Besondere Beziehung zu



25.09.2016 – von Virginia Menzago
Kultureller Wandel

Aktuelle Blog-Beiträge

- Protecting the Iran deal from Donald Trump
- Human rights are universal, not western

Folgen Sie uns

